

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(buntes 87 Pf., monatlich für Abnahme
ins Haus) im voraus zahlbar.
Postzeitung 2,97 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postwert-
marken. Kundenabrechnung 5,00 M.
pro Monat; für Bücher mit ermäßig-
tem Druckkostenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal. Die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Jahreszeitungsbeilage
„Folk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
14. Januar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfsache 30 M.
Kampfsache 3.— M. „Allein An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
täglich zwei festgedruckte Wörter, jedes
weiteres Wort 12 Pf. Radikal L. Kant.
Stellungsfrage das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
12 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 M. Familien-
anzeigen Seite 40 M. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Einbezahlung wochent-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Rechngr.: Börsenpl. (A 7) 282-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkskassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. S. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Rückkehr Lavals.

Vom Präsidenten Doumer mit der Kabinettsbildung betraut.

Paris, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Republik hat am Mittwochvormittag seine
Besprechungen mit politischen Persönlichkeiten zwecks
Lösung der Kabinettsfrage begonnen. Er empfing die
Präsidenten und Alterspräsidenten des Senats und der Kammer,
ferner verschiedene Fraktions- und Kommissionsvorsitzende der beiden
Häuser, darunter den Radikalen Herriot, den Sozialisten
Léon Blum und den Nationalisten Marin.

Die meisten der vom Präsidenten befragten Politiker weigerten
sich, nähere Mitteilungen über ihre Unterredungen zu machen. Léon
Blum erklärte beim Verlassen des Elisees, er glaube, daß das
Kabinetts-Laval mit den durch den Tod Roginats und das Aus-
scheiden Briands notwendig werdenden Änderungen wieder auf-
erstanden und die Krise schnell gelöst sein werde. Marin
bemerkte, es sei klar, daß ein neues Kabinetts-Laval dem
bisherigen Kabinetts-Laval folgen werde. Die
Frage sei so einfach, daß er mit dem Präsidenten der Republik
kaum darüber gesprochen habe. Andere Politiker sprachen sich nach
ihren Unterredungen mit Doumer im gleichen Sinne aus, da zur
Zeit die Bildung einer Konzentrationsregierung, so wünschenswert
sie auch sein möge, unmöglich sei.

Am Nachmittag setzte der Präsident seine Besprechungen fort.
Er hatte u. a. Unterredungen mit dem sozialistischen Senator
Reboul und den Abgeordneten Franklin-Bouillon, Ribet und
Guernut. Reboul erklärte, der Präsident der Republik habe ihm
gesagt, daß seine Ansicht mit der Herriots übereinstimme, monach
man im Augenblick nicht an eine Konzentrationsregierung denken
könne.

Die Mitglieder der radikalen Kammer- und Senatsfraktion
traten am Mittwochvormittag zu einer gemeinsamen Sitzung zu-
sammen, in der Herriot über seine Unterredung am Dienstag mit
Laval berichtete. Die Radikalen beschloßen, für die gegenwärtige

Ministerkrise den früher gefaßten Beschluß zu wiederholen, nach
dem kein Mitglied der beiden Fraktionen ein Portefeuille ohne die
Genehmigung der Partei annehmen dürfte. Unter den übrigen
Persönlichkeiten, die Doumer noch im Laufe des Abends empfing,
sind vor allem Senator Barthou und die Vorsitzenden der Aus-
wärtigen Ausschüsse des Senats und der Kammer, Bérenger und
de Castellane, zu nennen. Bérenger gab gegenüber der Presse
folgende Erklärung ab: „Der Präsident hat mir mehrere Fragen
über die gegenwärtige Lage vorgelegt, die übrigens nicht
ohne Rückwirkung auf die Innenpolitik ist. Ich glaube, daß
die neue Regierung Gelegenheit haben wird, in Genf, Lausanne
und sogar anderswo (Washington? Red.) Widerstand zu
zeigen. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Widerstand den Ge-
schicken unseres Landes nützlich sein wird, und ich hoffe, daß Frank-
reich in der gegenwärtigen Weltkrise weiterhin für die Verteidigung
seiner Interessen durch eine gute Regierung vertreten sein wird.“

Nur vor 8 Uhr ließ Präsident Doumer Laval zu sich bitten und
bot ihm die Bildung des neuen Kabinetts an. Laval dankte Doumer
für seinen neuen Vertrauensbeweis und versprach, ihm seine end-
gültige Antwort in kurzer Frist zu überbringen. Beim Ver-
lassen des Elisee erklärte Laval den Pressevertretern: „Ich werde
mich bemühen, schnell zu arbeiten, damit Sie früh schlafen gehen
können.“

Boncour lehnt das Außenministerium ab.

Paris, 13. Januar.

Senator Paul Boncour hat das Angebot Lavals, als
Nachfolger Briands das Außenministerium zu übernehmen, ab-
gelehnt. Wie Hanas zu wissen glaubt, dürfte nunmehr Laval
selbst außer der Ministerpräsidentenschaft und dem Innenministerium,
das er in seinem früheren Kabinetts innehatte, auch noch das
Außenministerium übernehmen.

Frick's Diktat an Hindenburg.

Brüning entlassen oder selber gehen.

Die Rede, die Herr Frick am Dienstagabend in der
Allgäuer Tierzuchtställe in Rempten hielt, unterscheidet sich
von den Reden Hitlers in Berlin beträchtlich. Der
Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion er-
klärte, daß seine Partei nur dann bereit sei, für Hinden-
burg zu stimmen, wenn zuvor Brüning verschwunden
sei. „Man bleibe“, so rief er aus, „uns mit nationalen
Kandidaturen vom Leibe, mit denen wir schon so große
Enttäuschungen erlebt haben! Für Leute, die nur mit
dem Herzen bei uns sind und sich nicht zu uns bekennen, be-
danken wir uns!“

Herr Frick schlug vor, lieber „einen Mann aus unseren
Reihen zu wählen, auf den wir uns verlassen können.“ Aber,
setzte er hinzu, wenn Brüning zuvor verschwinde und die
nationale Opposition die Regierung übernehme, dann könne
man „sehr wohl anders verfahren“.

Herr Frick, der doch in der NSDAP nicht der erste
Beste ist, machte die Zustimmung seiner Partei zu einer
Wiederaufstellung Hindenburgs davon abhängig, daß Hinden-
burg ihre Wünsche erfüllt. Selbstverständlich weiß auch Frick,
daß ein Kandidat, der den Wünschen der Nationalsozialisti-
schen Partei entgegenkommt, er heiße, wie er wolle, für alle
anderen Parteien, vielleicht die Deutschnationalen aus-
genommen, u n a n n e h m b a r ist.

Ein Schildebürgerstreich.

Der Jungdeutsche Orden, der schon so viele Überheuten be-
gangen hat, schlägt jetzt ein „Volksbegehren“ vor, um Hinden-
burgs Amtsperiode zu verlängern. Hindenburg kann auf dem
normalen Weg mit relativer Mehrheit wiedergewählt werden, nach
dem Jungdeutsche-Vorschlag braucht er die absolute Mehrheit aller Wahl-
berechtigten, d. h. etwa 10 Millionen mehr. Davon abgesehen würde
der Volksentscheid erst zum Zuge kommen — wenn die Wahl
längst vorbei ist!

Die Vorbereitung der Präsidentenwahl.

Im Reichstag fand am Mittwochabend die bereits angekündigte
Besprechung von Mitgliedern der Mittelparteien über
die Wahl des Reichspräsidenten von Hinden-
burg statt. Es handelte sich, ebenso wie schon am Dienstag, um
rein private Besprechungen interessierter Politiker, also nicht etwa
um Verhandlungen der Parteien. Dabei ergab sich
Einigkeit darüber, daß die Aufstellung und Wahl Hindenburgs als
gemeinsamer Kandidat des ganzen Volkes ein erstrebenswertes Ziel

auch im Hinblick auf die Außenpolitik, sei. Gleichzeitig kam jedoch,
wie das Nachrichtenbüro des VöD, hört, zum Ausdruck, daß die
Parteien keinen Schritt in dieser Richtung unternehmen könnten,
weil dadurch der Erfolg nur gefährdet werden könnte. Man würde
es natürlich begrüßen, wenn andere Kreise, die parteimäßig nicht
gebunden sind, die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatur Hinden-
burgs übernehmen.

Der Koalitionsbruch in Braunschweig.

Neue Nazischritte gegen die Bürgerlichen.

Braunschweig, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten und ihr Präsident Jörner haben auf die
Erklärung der Rechtsparteien, daß Jörner als Vorsitzender des
Untersuchungsausschusses ungeeignet wäre, mit offenem Hohn und
Spott geantwortet. Sie erklärten ausdrücklich, daß sie nicht daran
dächten, von der Praxis, unbewiesene Dinge in der Öffentlichkeit
zu verhandeln, abzugehen. Der Landtagspräsident Jörner bezieht
die Volkspartei zugleich, daß sie sich „wieder einmal einer
Begünstigung schuldig“ gemacht habe. Die Volkspartei
suche die Beziehungen des Staatsbankpräsidenten Dr. Stuebben zu
vertuschen, weil einen der volksparteilichen Führer, den früheren
Minister Marquardt, ein freundschaftliches Verhältnis mit dem An-
geschuldigten verbinde. Die Nazis würden die Verhältnisse in der
Staatsbank einer möglichst grellen Scheinverfälschung aus-
setzen.

Obwohl die bürgerlichen Rechtsparteien am Dienstag gedroht
hätten, sich nicht mehr mit den Nazis an einen Tisch zu setzen, wenn
diese ihre Angriffe fortsetzen, ist die Unterredung am Mittwoch im
Hauptsaal weitergegangen als sei nichts geschehen.

Vorgehen gegen Nazis.

Schließung der SA-Heime in Gleiwitz und Hindenburg.

Gleiwitz, 13. Januar.

Der Polizeipräsident hat die SA-Heime in Gleiwitz und
Hindenburg auf Grund des § 7 des 7. Teils der 3. Rotverord-
nung des Reichspräsidenten geschlossen. Außerdem hat der Polizei-
präsident auf Grund der gleichen Rotverordnung der Besitzerin
des Bahnhofs-Hotels in Gleiwitz die Erlaubnis zum Betrieb
ihrer Gast- und Schankwirtschaft auf die Dauer eines Monats mit
sofortiger Wirkung entzogen.

Das Brestler Schandurteil

Wie lange noch erträgt Polen diese Diktatur?

Vor bald dreißig Jahren begann der Warsauer Adels-
sprößling Josef Pilsudski einer der eifrigsten polnischen
Revolutionäre zu werden. Bald redigierte er in Geheim-
druckereien erscheinende Arbeiterblätter, bald organisierte er
Attentate auf zarische Beamte und russische Geldtransporte,
immer in Gemeinschaft mit der Kampf Abteilung der pol-
nischen Sozialistischen Partei. Die Wiederherstellung Polens
als frei demokratische Republik mit stark einsetzenden und
rasch weiterwachsenden sozialistischen Einrichtungen war das
Ziel aller, der Sturz des Zarismus seine Vorbedingung. Als
nach der Revolution von 1905 die schärfsten Verfolgungen
einsetzten, wanderten viele Kämpfer nach Österreich aus,
so auch Pilsudski. Längere Zeit lebte er bei dem kürzlich
verstorbenen Hermann Diamand in Lemberg.

Dieser scharfblickende Mann gewann bald den Eindruck,
daß es Pilsudski nur auf den Sieg des nationalen Gedankens
ankam, daß sein ganzes Interesse dem Kampf mit den Waffen
galt, daß er ein eingetretener Militarist war, und
daß er die sozialistische Bewegung als Mittel zu seinem Zweck
benutzte. Aber allzu lange blieb Diamand mit dieser Mei-
nung allein.

Der Weltkrieg brachte Pilsudski an die Spitze der pol-
nischen Legionen. Als sich die Legionen der Angliederung
Polens an die österreichische oder deutsche Monarchie wider-
setzten, wurden sie aufgelöst. Pilsudski wurde verhaftet und
in Magdeburg interniert.

Jetzt war er der Märtyrer des nationalen Gedankens und
zugleich des Kampfes gegen die reaktionären Monarchien
überhaupt. Als die deutsche Revolution ihm dann die Frei-
heit wiedergab, kehrte er im Triumph nach Polen zurück, das
ihn zum Marschall seiner Armee machte. Er führte es in den
Krieg gegen Sowjetrußland, der beinahe schlimm gendete
hätte, doch die Legende machte ihn zum Retter des Vater-
landes. Aber Polen wollte ein Freistaat bleiben. Es fügte sich
den schon manchmal trauen Einfällen und Ansprüchen des
Marschalls nicht. Grollend zog er sich zurück. An einem
Mittwoch des Jahres 1926 brach er schließlich von seinem Ruhe-
sitze mit einigen Regimentern der Armee gegen Warschau auf. Mit
Hilfe der sozialistischen Arbeiter besiegte er die Regierung-
struppen. Die Eisenbahner verhinderten durch Streik den An-
transport von Verstärkungen. Die Regierung Witos wurde
gestürzt, der Staatspräsident flüchtete, Pilsudski ergriff die
Herrschaft. Alle Minister, auch der Staatspräsident, sind seine
Untergebenen und Beauftragten.

Bald kam es zum offenen Konflikt mit dem Pa-
lament. Der Finanzminister Czechowicz wurde vor den
Staatsgerichtshof gestellt, weil der vom Sejm bewilligte Etat
um hunderte Millionen, hauptsächlich für Rüstungszwecke, aber
auch für Wahlbeeinflussung, überschritten worden war. An-
kläger im Namen des Volkes war der Sozialist Dr. Hermann
Liebermann. Als Pilsudski im Kriege vor dem öster-
reichisch-ungarischen Militärgericht in Marmaros-Siegt des
Hochverrats angeklagt war, wandte Liebermann als Legations-
offizier und Rechtsanwalt die drohende Beurteilung ab.
Vor dem Staatsgerichtshof beschimpfte der Marschall den An-
kläger in jener unbeschreiblichen Weise, die die Welt aus
seiner Interojew und Artikeln kennengelernt und woraus
sie auf einen krankhaften Geist geschlossen hat. Ein
Urteilspruch des Staatsgerichtshofes gegen Czechowicz liegt
bisher nicht vor.

Später spalteten pilsudskistireue Nationalisten
die Sozialistische Partei und führten faschistische Überfälle auf
Sozialisten aus. Als dann nach einiger Zeit das Parlament
neu gewählt werden sollte, verhaftete man rechtswidrig eine
ganze Anzahl der bekanntesten Oppositionsführer, Sozialisten,
Bauernpartei und christliche Demokraten. Es folgt Brest-
Litovsk, das die Welt empörte, und nun ist der Prozeß zu
Ende, der Pilsudskis Nachgelassenen gegen alle Dienste, die an
seiner Gottähnlichkeit zu zweifeln und die verfassungsmäßigen
Volksrechte zu vertreten einwagt haben. Die Begründung des
Schandurteils soll erst in einiger Zeit bekanntgegeben werden.
Die absehbaren und darum nicht mehr unabhängig urteilen-
den Richter werden Mühe genug haben, den Angeklagten, die
den größten Anteil an der Wiederaufrichtung des polnischen
Staates haben, hoch- und Landesverrat nachzumessen. Aber
Strafparagrafen lassen sich, wenn man will, dehnen wie
Gummi, und der Möglichkeiten zur Begründung wird es
genug geben. Von Verhörmörtern kann jedoch bei den An-
geklagten, diesen führenden Politikern legaler verfassungs-
treuer Parteien natürlich nicht die Rede sein.

Wo aber ist der Gerichtshof, der den geheimnisvollen

Tod des Generals Sagurki aufdeckt und verhandelt, der von Wilna nach Warschau gelockt und unter Mitwirkung von Vertrauten Pilsudskis heftig ermordet wurde? Wann und wo werden die zahllosen Verfassungsbrüche Pilsudskis geahndet, der sich über das Recht und das Parlament frech hinwegsetzt, der vom Sejm aufgehobene Verordnungen sofort wieder in Kraft setzt, der das Parlament von bewaffneten Offizieren besetzen ließ, um einen Kampf zu provozieren? Wann und wo werden die Finanzen des armen Landes geschützt gegen die Massenpensionierung unbehaglicher Beamten und Offiziere, gegen die schrankenlosen Rüstungsausgaben? Wann wird das furchtbare Unrecht wieder gutgemacht, das an den ukrainischen Bauern in Ostgalizien verübt wurde? Wer befreit die Opfer der Standgerichte aus den Kerker, und wer gibt den Minderheitsvölkern ihre Schulen, Lesevereine und Wirtschaftsgenossenschaften wieder?

Die übergroße Mehrheit des polnischen Volkes schämt sich des Pilsudski-Systems, das dem Lande täglich die Frage aufzwingt, ob die Wiederaufrichtung des nationalen Staates erfolgt ist, um in Zustände geworfen zu werden, wie sie in Teilgebieten unter österreichischer und preussischer Fremdherrschaft gewiß nicht schlimmer gewesen sind. Aber das polnische Volk steht unter der brutalen Herrschaft des Pilsudskischen Militär- und Polizeiparates. Allein kann es vorläufig das Pilsudski-Joch kaum abschütteln. Es ist deshalb mit die Aufgabe der demokratischen und parlamentarischen Verbündeten Polens, vor allem Frankreichs, das polnische Regime vor die Entscheidung zu stellen, ob es noch weiter beanspruchen will, ein europäisches Regime zu sein.

Das eine aber wissen wir, daß der Kampfesmut der polnischen Sozialisten, den sie bereits gegen den waffenstarkenden Joxismus bewiesen haben, auch durch das Brester Urteil nicht gebrochen werden kann. Der Tag wird kommen, an dem ein befreites Polen die Märtyrer von Breszt-Litovsk und die Opfer des Warschauer Urteils dankbar grüßen wird.

Hoch auf die PPS. im Gerichtssaal.

Warschau, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Die Beurteilung der Angeklagten im Breszt-Litovsker Prozeß erfolgte auf Grund des Paragraphen 102 des ehemaligen russischen Strafgesetzbuchs wegen Teilnahme an einer Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der Regierung. Mit dem Urteil wurde auch eine kurze vorläufige Begründung verlesen, aus der hervorgeht, daß das Gericht sich überhaupt nicht auf die Beweisaufnahme gestützt hat. Die Vergehen der Angeklagten seien strafrechtlich nicht zu erfassen, aber eine Prüfung ergebe, daß es zu einer Revolution hätte kommen können, wenn die Angeklagten nicht rechtzeitig verhaftet worden wären. Im übrigen enthält die Begründung des Urteils, das von dem Richterkollegium nicht einstimmig gefaßt wurde, nur eine Wiederholung von Teilen der Anklageschrift.

Im Anschluß an die Verkündung des Urteils wurden im Gerichtssaal Hochrufe auf die polnische sozialistische Partei und auf die Angeklagten ausgebracht. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Die Beurteilten wurden aus den Spallera aus dem Gerichtssaal geführt. Die spontane Huldigung und Manifestationen wurden auf der Straße fortgesetzt. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Groener hebt das Angriffs-Verbot auf.

Preußen ruft die Entscheidung des Reichsgerichts an.

Der Reichsinnenminister hat gestern das Verbot des „Angriff“ durch das Berliner Polizeipräsidium aufgehoben. Das Verbot ist am letzten Freitag ergangen und war auf sieben Tage befristet.

Das Verbot erfolgte, weil der „Angriff“ im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei Wlstein von der „Rotations-ignangge Wlstein“ gesprochen hatte. Darin wurde eine Beschimpfung der jüdischen Religion erlitten. Ein zweiter Artikel im „Angriff“ beschäftigte sich mit dem Helldorf-Prozeß. Er gab den angeblichen Brief eines angeklagten SA-Mannes wieder, in dem es hieß:

„Morgen, am 28., feht der große Kummel wieder ein. Ein paar kräftige Backpfeifen und Kinuhaken, mit denen einige Jsidore und Ignaje bedacht worden sind, bemühen viele Behörden. 132 Zeugen sind geladen. Deutschland ist ja reich und kann sich die Zeugengelder leisten.“

Eigentlich (sonst nicht) könnte man unserem heutigen Staats für die freundliche, kostenlose Unterkunft dankbar sein. Als SA-Mann zeigt man diese „Dankbarkeit“, indem man kämpft; legal selbstverständlich!

Das Polizeipräsidium erklärte darin eine Beschimpfung des Gerichts, eine Verherrlichung einer strafbaren Handlung in besonders roher Form, und eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Das preussische Innenministerium hat die Beschwerde des „Angriff“ abgewiesen. Der Reichsinnenminister hat ihr unbegreiflicherweise stattgegeben.

Nunmehr wird das preussische Innenministerium von der nach der Notverordnung gegebenen Möglichkeit Gebrauch machen und wird die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen.

Die Universität als Unordnungszelle.

Neue Kampfanzeige der Hallenser Studentenschaft gegen Dr. Dehn

Die Deutsche Studentenschaft Halle hat folgende Erklärung abgegeben:

Die Deutsche Studentenschaft an der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg betrachtet den Burgfrieden an der Universität von Herrn Prof. Dehn durch die persönlichen und gehässigen Ausführungen in seiner Schrift „Dokumente zum Hallischen Universitätskonflikt“ als gebrochen.

Das ist eine offene Anklage neuer Aramollabsichten. Wann werden die Büchchen zur Raifein gebracht?

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug am 31. Dezember 1931 1912,6 Millionen Mark gegenüber 1746,7 Millionen Mark am 30. November 1931.

Die monarchistische Reiteroffiziere, die gegen die spanische Republik konspiriert haben, sind nach den Kanarischen Inseln verbannt worden.

Erpressung im Braunen Haus.

Neunzehn Stunden in Gefangenschaft bei der Hitlerei.

Köln, 12. Januar. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische Presse beschuldigt den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sollmann, minderjährige SA-Leute „zum Verbrechen“ verleitet zu haben. Das Verbrechen soll darin bestehen, daß die SA-Leute Briefe nationalsozialistischer Führer und Organisationen geöffnet und daraus Material entnommen haben sollen. Sollmann habe dafür 5 bis 30 M. gezahlt.

Die „Rheinische Zeitung“ erzählte durch die Veröffentlichung der Naziverleumdungen die Adresse eines jungen Mannes, der von den Kölner Naziführern beschuldigt wurde, Material an Sollmann geliefert zu haben. Nach dem, was der junge 18jährige Mann Sollmann in Gegenwart seiner Mutter über seine Erlebnisse im Kölner Nazihaus erzählt hat, charakterisiert sich der ganze Fall als eine

gemeine Erpressung an einem unbescholtenen jungen Mann.

den die wohlverordneten Nazibonzen für sich ohne jede Bezahlung schaffen ließen. Der junge Mann wurde als Bürokrat beschäftigt. Er mußte täglich durchschnittlich 12, manchmal aber bis zu 20 Stunden arbeiten. Wenn er großen Hunger hatte, mußte er in die SA-Küche um Essen betteln gehen. Die erste Woche zahlte man ihm 1,90 M. für eine Straßenbahnwochenscheine, sonst gab es keine Bezahlung. Seine Bitte, ihm wenigstens 30. M. monatlich zu geben, damit er seine Eltern, die in Not sind, unterstützen könne, wurde übergangen. Auch die Straßenbahnwochenscheine wurde ihm nach einer Woche entzogen mit dem Bemerkten, er könne doch ein Fahrrad benutzen.

Am 30. Dezember wurde der junge Mann in das Konferenzzimmer des Nazihauses bestellt. Außer dem Leiter des Nachrichtendienstes Alfons Dahlhausen befanden sich hier noch vier andere Nazimitglieder.

Einer durchsuchte dem jungen Mann die Kleider.

Dahlhausen schnauzte ihn an: „Raus mit der Sprache, du bist erlaunt!“ Da der junge Mann nicht bekannte, drohte man ihm mit der Polizei (!). Schließlich legte Dahlhausen keine Uhr hin und drohte, der junge Mann möge sich innerhalb 5 Minuten äußern, anderenfalls würde er, was ihm passieren würde: „Du kennst ja die SS. und weißt, daß es ihr gar nicht darauf ankommt, einen zu erledigen.“ Unter diesem Druck und um seine Freiheit wieder zu erlangen, gab der junge Mann schließlich die gewünschte Erklärung ab, die zu der Verleumdung Sollmanns gedient hat. Auch die Bemerkung über die von Sollmann gezahlten Beträge ist unter diesem Druck abgegeben worden. Darauf verließ Dahlhausen, den jungen Mann

zur Spizelei bei der „Rheinischen Zeitung“

zu veranlassen: „Wenn du nicht dumm bist, kannst du dir eine gute Slange Geld verdienen, indem du von uns vorgeschriebenes Material der „Rheinischen Zeitung“ übermittelst und gleichgültig verpackst, von dort Material für uns zu bekommen.“ Dieses gemeine Ansinnen lehnte der junge Mann ab. Als er dann sah, man möge ihn freilassen, erklärte Dahlhausen, das gebe es nicht, er würde die ganze Nacht im Hause festgehalten. Man gab ihm auf Schritt und Tritt SS-Leute mit, die ihm bewachen mußten, selbst auf der Toilette. Nach Mitternacht wurde der junge Mann dann gezwungen, die in-

zwischen schriftlich aufgetriebene Erklärung zu unterschreiben. Erst am anderen Tage um 14 Uhr

wurde er nach 19 stündiger Gefangenschaft freigelassen.

Am Schlusse seiner Erzählung erklärte der junge Mann: „Weil man doch nicht sicher war, ob ich schuldig sei, hat man in der Nacht noch zwei Drucker des „Westdeutschen Beobachter“ durch Mitglieder des Nachrichtendienstes beobachten lassen. Keiner trauf eben mehr dem anderen, weil man die allgemeine Unzufriedenheit in der Partei kennt...“

Hitler als Oberkrawze.

Er kann eine Reise nach Berlin nicht bezahlen. — Wer schreibt seine Artikel?

Krawze, der Beranimatorische des „Angriff“, macht sich bettlägig krank, wenn er verleumdet hat, und ist nicht aufzufinden. Und Hitler?

Hitler ist am 12. Januar von Berlin nach München zurückgereist. Er hatte es sehr eilig. Am 16. Januar sollte er persönlich als Beklagter vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte erscheinen. An diesem Tage sollte die Beleidigungsklage des Hauptmanns a. D. Stennes gegen Hitler verhandelt werden. Hitler hatte nach der Stennes-Revölle Stennes als Polizeispitzel verdächtigt.

Das Verfahren schleppt sich seit dem Mai des Jahres 1931 hin. Am 16. Dezember sollte Hitler zur Hauptverhandlung erscheinen. Auf Ersuchen seiner Anwälte hin wurde der Termin verlegt. Die Gründe, mit denen der Beklagte die Hinanzziehung des Prozesses betreiben ließ, sind teilweise grotesk. So mußte der Kläger z. B. einen Kostenvorschuß hinterlegen, da angeblich Hitler keine Mittel für eine Reise nach Berlin zur Verfügung standen.

Der arme Mann im Braunen Haus, der zwar ein Luxusauto für 40 000 Mark besitzt, aber eine Reise nach Berlin nicht bezahlen kann!

Auch zum Termin am 16. Januar will Hitler nicht erscheinen. Zur Begründung stellen seine Anwälte die Behauptung auf, daß er an dem für Stennes beledigenden Artikel in einer eine rechtliche Verantwortung begründenden Weise nicht beteiligt sei, und sie bieten dafür Zeugenbeweise an.

Dieser Artikel ist jedoch mit der Unterschrift Adolf Hitler im „Westdeutschen Beobachter“ erschienen!

Man muß daraus den Schluß ziehen, daß die Artikel, die Wolf Hitler mit seinem Namen unterzeichnet, nicht von ihm stammen. Der Rindus des Weinherzherrers der NSDAP ist im Laufe der letzten Tage sehr stark angeknabbert worden. Für den Parteibildner gilt der Satz: Du glaubst zu schreiben und du wirst geschrieben! Daß dies soweit geht, daß er sich vor strafrechtlicher Verantwortung mit der Behauptung zu drücken sucht, seine Artikel würden von anderen Leuten geschrieben, verstärkt diesen allgemeinen Eindruck sehr kräftig!

Erhaltung vorbeugender Fürsorge.

Ein Erlass des Wohlfahrtsministers.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt einen Erlass an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten herausgegeben, in dem es heißt:

Unter dem finanziellen Druck der gegenwärtigen Not, bei der gewisse Sparmaßnahmen auch in der vorbeugenden Fürsorge unvermeidlich sein werden, gehen Gemeinden und Kreise vielfach dazu über, die Stützung der vorbeugenden Fürsorge abzubauen mit dem Hinweis, daß diese nicht zu den gezielten Pflichtaufgaben gehöre. Bereits in meiner Rede zum Haushalts 1931 habe ich darauf hingewiesen, daß Einsparungen auf dem Gebiete der vorbeugenden Fürsorge sich dann als nur scheinbare Sparmaßnahmen erweisen müssen, wenn ihnen in so höhere Aufwendungen folgen werden. Dennoch sind infolge der augenblicklichen Finanznot Einsparungen vorgenommen worden, die, ohne nennenswerte Entlastungen der Haushalte herbeizuführen, eine schwere Schädigung der Bevölkerung, insbesondere der heranwachsenden Jugend, bedeuten. Hierbei wird nicht beachtet, daß Schäden an Sachen sich, wenn auch mit höheren Kosten, in der Regel wieder ausgleichen lassen, daß aber gesundheitliche und sittliche Schäden an Menschen auch nicht durch spätere höhere Aufwendungen wieder gutgemacht werden können. Durch Einstellung oder übermäßige Drosselung der vorbeugenden Fürsorge wird das Erbgut und damit die Zukunft unseres Volkes gefährdet; unwiederbringliche Werte werden vernichtet; die Aussichten unseres Volkes in dem schweren Kampf um seinen Aufstieg erheblich verschlechtert.

Als Stützpunkte der vorbeugenden Fürsorge müssen vor allem erhalten bleiben die Beratungsstellen der Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, sowie die Gemeindefachstellenstationen, die durch ihre vielseitige Tätigkeit gerade in der jetzigen Notlage auch in kultureller Beziehung außerordentlich wertvoll sind. Die regelmäßigen Durchuntersuchungen der Schüler durch Schulärzte und Schulgesundheitsbeamte sowie gesundheitlich bedrohter Gruppen, insbesondere in der vorbeugenden Tuberkulose- und Krüppelfürsorge, die sorgfältige Auswahl und Ueberwachung der Pflegestellen, dürfen nicht unterbleiben. Die Erholungsfürsorge, besonders in der Form der örtlichen Erholungsanstalten, sowie die Kindererziehung dürfen nicht eingestellt werden. Kindergärten und -horten müssen erhalten bleiben; sie bedeuten vielfach die einzige Möglichkeit der Bewahrung der Kinder vor schwersten körperlichen und seelischen Schäden.

Die Mittel, die gerade diese Einrichtungen erfordern, sind verschwindend im Verhältnis zu den Werten, die sie erhalten helfen und zu den künftigen Kosten, die durch sie erspart werden.

Vor nächtiger Streichung oder übermäßiger Einschränkung der Beihilfen an die Einrichtungen und Berufe der freien Wohlfahrtsfürsorge warne ich dringend. Vermehrte Leistungen und erhöhte Kosten der Gemeinden würden in kurzer Zeit die Folge sein. Durch

verstärkte Heranziehung und Unterstützung der freien Wohlfahrtsfürsorge können sogar erhebliche Mittel gespart werden.

Die Mitarbeit eines fachlich geschulten Arztes und Fürsorgepersonals ist gerade in finanziell schwerer Zeit von entscheidender Wichtigkeit. Ein Abbau dieser Kräfte kann die sozialgemäße Verwendung der vorhandenen Mittel gefährden und dadurch die Finanzschwierigkeiten erhöhen. Auch kann nur mit ihrer Hilfe die dringend notwendige Aufklärung und Belehrung der Bevölkerung über gesunde und wirtschaftliche Lebensführung, Krankheitsverhütung und Jugendberziehung erreicht werden.

Allen Sparmaßnahmen sollte ein unter Hinzuziehung von Sachverständigen ausgearbeiteter Plan zugrunde gelegt werden. Hierbei sind nicht nur örtliche Bedürfnisse zu berücksichtigen; die erforderliche überörtliche Verständigung, insbesondere auch zur Erhaltung leistungsfähiger, für größere Bezirke wertvoller Einrichtungen, wird am zweckmäßigsten in den vorhandenen Arbeitsgemeinschaften erfolgen.

Trotz aller Not muß es gelingen, die unbedingt erforderlichen Fürsorgeeinrichtungen aufrechtzuerhalten, um unsere Volkstreu in eine bessere Zukunft hinüberzuführen.“

Zum Favag-Prozeß.

Eine Erklärung von Walter Loeb.

Frankfurt a. M., 13. Januar. (Eigenbericht.)

Zu den sensationellen Beweisanträgen der Verteidigung im Favag-Prozeß erklärt Walter Loeb in einer Zuschrift an die „Frankfurter Volksstimme“:

„Beder sind mir von der Allianz Gelder zur Bestechung noch zu irgendeinem anderen Zweck zur Verfügung gestellt worden, noch ist auch nur anheimgegeben worden, solche Beträge in Aussicht zu stellen. Unwahr ist auch, daß Herrn Direktor Beder von der Favag von mir gedroht worden wäre, daß in der Generalversammlung von meiner Seite Erklärungen abgegeben würden, die der Gesellschaft schaden könnten. Die Beweisaufnahme bzw. die Vernehmung der Beteiligten in der Voruntersuchung ergibt eindeutig, und das ist auch der Verteidigung bekannt, daß die in dem Antrag der Verteidigung geschätzten Tatsachen entweder vollkommen unwahr oder ganz entstellend wiedergegeben sind. Dies wird auch die Beweisaufnahme klären. gez. Loeb, Staatsbankpräsident a. D.“

Die Schwester des Czars gestorben. Die ehemalige Königin Sophie von Griechenland ist nach längerem Leiden gestern abend in Frankfurt am Main gestorben.

Legal!

Waffentauschhandel in NSDAP-Versammlungen.

Das immer wiederkehrende Märchen, das man bei jedem Hochzeitsbräutigam gegen SA-Leute hört, lautet: Hitler hat die Führung von Waffen aufs strengste verboten; die Schuldigen werden unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen; auf jeder NSDAP-Versammlung oder SA-Zusammenkunft werden Stichproben auf Waffensbesitz vorgenommen.

Was von diesen Behauptungen zu halten ist, weiß jeder, der nicht ganz auf den Kopf gefallen ist. Wie es in Wirklichkeit mit der Waffenslosigkeit der Rastlerfamilien aussieht, plauderte der NSDAP-Mann Bartsch in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte aus:

Der Inhaber einer Gemüse- und Obsthandlung S. hatte, wie er behauptete, nach Übernahme des Geschäfts unter dem Namen S. eine alte Armeepistole gefunden. Er behielt sie zu seinem Selbstschutz, beschloß aber dann, sie gegen eine andere Waffe einzutauschen. An wen wendet er sich? An seinen Bekannten, den NSDAP-Mann Bartsch. Der hat doch bestimmt mit Waffen zu tun, sagt er sich. „Natürlich besorge ich dir den Umtausch der Waffe“, meint Bartsch.

„Wo wollten Sie denn die Waffe umtauschen?“ fragt der Vorsitzende.

„Auf der NSDAP-Versammlung“, erwidert Bartsch.

„Wie denn da Tauschhandel mit Waffen betrieben?“

„Sie wissen doch, Herr Vorsitzender, verschiedene Leute haben da immer Waffen.“

„Das weiß ich nicht; wohl aber, daß Ihnen das Waffentragen verboten sein soll.“

„Ja, man ist sich doch der Strafbarkeit nicht immer bewußt...“

Der Dialog spricht Bände. Waffentauschhandel auf NSDAP-Versammlungen! Was sagt Hitler dazu?

Bartsch und S. wurden im übrigen von der Anklage, gegen die Rotverordnungen verstoßen zu haben, freigesprochen. Sie hätten keine Waffen geführt, hieß es in der Urteilsbegründung. Da ja die Führung von Waffen deren Gebrauch voraussetze. Die Absicht eines Gebrauchs habe jedoch in diesem Falle nicht vorliegen. Bartsch hatte aber unmittelbar vor dem Besuch der NSDAP-Versammlung, auf der der Waffentauschhandel stattfinden sollte, bei einer Auseinandersetzung mit Gästen in einer Kneipe den Revolver aus der Tasche gezogen und gesagt: „Mir kann niemand was.“

S. wurde wegen Verstoß gegen die Verordnung über Ablieferung von Waffen zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Der Revolver war allerdings entzwei.

Der Hugenberg-Landbank-Scandal.

Antrag Kuttner vom Ausschuss angenommen.

Der Untersuchungsausschuss des Landtags nahm nach einem Schlusswort des Berichterstatters Kuttner den Antrag Kuttners zur Landbankuntersuchung mit einigen Änderungen an.

Die wesentlichsten Änderungen des Antrages des Abg. Kuttner sind folgende: Im Absatz 1 sind die Worte „mit Treu und Glauben“ hinter „Direktor Satzjahn“ gestrichen. Absatz 8 erhält den Zusatz: „diese Verlustgeschäfte sind entstanden, bevor Geheimrat Hugenberg Aufsichtsratsvorsitzender war. Er hat als solcher den Hauptverstoß der Verluste aus der Landbank entfernt.“ Im vorletzten Satz des Absatzes 12 sind die Worte „durch Direktor Reup von der Reuland A.G.“ eingefügt, so daß der Satz nunmehr lautet: „Ihre Unterlassung durch Direktor Reup von der Reuland A.G. bedeutet einen erheblichen Verstoß gegen fortgesetzte geschäftliche Gepflogenheiten.“

Zur Untersuchung über den Zusammenbruch der Hugenbergschen Landbank lag dem Ausschuss ein Schreiben Hugenbergs vor, in dem Hugenberg sich selbst kräftig ob seiner Opferbereitschaft für den Osten beweihräuchert.

Der Berichterstatter Genosse Leinert beantragte, Hugenberg und die Direktoren der Landbank als Zeugen darüber zu vernahmen, ob die Illiquidität der Landbank tatsächlich durch politische Geschäfte verursacht worden ist.

Anfrage über Karsten-Zentrum.

Sozialdemokraten fordern Schutz für die Bergarbeiter.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag zu dem Unglück auf der Karsten-Zentrums-Grube in Beuthen folgende Große Anfrage eingebracht:

„Am 4. Januar wurden durch einen heftigen Gebirgssturz auf der oberirdischen Steinkohlengrube Karsten-Zentrum 14 Bergleute eingeschlossen. Während der sehr intensiven Rettungsarbeiten wurde durch das Oberbergamt Breslau am 7. Januar früh die amtliche Mitteilung verbreitet, daß die Rettungsarbeiten nur langsam vorwärtsgehen, daß das Gebirge noch immer in Bewegung sei und von den 14 Bergleuten noch kein Lebenszeichen vorläge. Es müßte damit gerechnet werden, daß sie nicht mehr lebend geborgen werden können.“

Trotz dieser sehr pessimistischen Mitteilung wurden unter höchstmöglicher Eile die Rettungsmannschaften und unter fortwährender Lebensgefahr die Rettungsarbeiten fortgesetzt, mit dem Erfolg, daß am 10. Januar nach fast einwöchigem Einschluß sieben der verschütteten Bergleute lebend geborgen werden konnten. Aus ähnlichem Anlaß wurde vor einigen Jahren eine Kommission von Bergbaufachverständigen eingesetzt, um die Ursachen der Gebirgsstürze im oberirdischen Steinkohlengrubenbau zu erforschen und, wenn möglich, wirksame Abwehrmaßnahmen vorzubereiten.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. ob es bereit ist, die Ergebnisse dieser Sachverständigenkommission dem Landtag bekanntzugeben und ob auch über die Ursache der neuesten Katastrophe zuverlässige Angaben gemacht werden können;
2. ob und welche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden könnten;
3. ob die geltenden bergpolizeilichen Bestimmungen über Abbau und Befahrung auf der Karsten-Zentrums-Grube restlos beachtet worden sind;
4. ob die bergpolizeilichen Bestimmungen nach den letzten schlimmen Erfahrungen wirksam ergänzt werden können.“

Kriegsschuldendebatte in USA.

Aber keine Entscheidung vor der Novemberwahl.

New York, 13. Januar.

Durch die Erklärung des Reichsanzalters Dr. Brüning, daß Deutschland keine Reparationen mehr bezahlen könne, ist die Erörterung des Problems der Kriegsschuldenukullierung

Hitler ist höflich.



„Kraus mit dem Ding! Das stört momentan!“

Gegen Zollrüstung und Autarkie.

Dr. Posse über Deutschlands Handelspolitik 1931.

Im Volkswirtschaftsjahre der Deutschen Welle rechtfertigte Ministerialdirektor Dr. Posse, der Leiter der Handelsvertragsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, die bisherige, gegenwärtig so stark berammte deutsche Handelspolitik. Er ging davon aus, daß die deutsche Handelspolitik im Jahre 1931 aus den Ueberbüssen der Handelsbilanz, ungeachtet der Einschränkung des deutschen Kreditvolumens, die deutsche Währung zu erhalten und der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken versuchen mußte. Die Entwicklung der Fertigwarenausfuhr seit 1925 enthielt schon die Rechtfertigung für die Handelspolitik der Reichsregierung; die handelsstatistischen Angaben für die Krisenjahre 1930 und 1931

widerlegen vollends den oft erhobenen Vorwurf, die Regierung habe mit ihren handelspolitischen Zielen Phantome nachgejagt.

Das Jahr 1930 hat mit einer Aktivität der Handelsbilanz von 1642 Millionen Mark abgeschlossen, der Ueberbich der Handelsbilanz ist auf annähernd 2,9 Milliarden Mark zu veranschlagen. Es ist fraglos, daß die deutsche Krise des vergangenen Jahres noch viel schlimmere Ausmaße angenommen hätte, wenn das Exportniveau nicht in dem tatsächlichen Umfang verfügbar gewesen wäre.

Frolich konnte man, obwohl es gelang handelspolitische Vermittlungen für das Jahr 1931 zu verhindern, auf internationaler, mehr als zwei Staaten umfassender Plattform keinen einzigen der verschiedenen Pläne zur Durchführung zu bringen, die auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Nationen abzielten. Das international oft mißbrauchte Wort „Solidarität“ hat mit dem Verlaufe des Jahres 1931 zunehmend an Zugkraft und Inhalt eingebüßt.

Dr. Posse ging näher auf die Präferenzverträge mit Ungarn und Rumänien ein. Er betrachtet die Aussichten für die Zustimmung der meistbegünstigten Staaten zu diesen Verträgen als nicht schlecht. Bei Erwähnung des im Keime erfolgten weiteren Versuches Deutschlands, die europäische Rationalisierung anzupacken, des Projektes zum Abschluß einer Zollunion zunächst zwischen Deutschland und Oesterreich, stellte Dr. Posse fest, daß

wieder lebhafter geworden. Die Presse rechnet aus, daß die Annullierung und die Einstellung der Zahlungen durch die Schuldnerstaaten für USA, einen Verlust von jährlich 22 Milliarden Dollars bedeuten würde, für den Kopf der Bevölkerung 200 Dollar. Präsident Mitchell von der National City Bank führte in einer Aktionärsversammlung aus, es wäre ungerecht und unvernünftig, von dem amerikanischen Volk zu erwarten, daß es allein die Lasten einer internationalen Neuordnung auf sich nehme. Aber es liege im Interesse der Amerikaner, an eine Untersuchung der internationalen Fragen heranzugehen, mit dem guten Willen, die notwendigen Opfer mit den anderen Völkern zu teilen, damit die Wiederaufrichtung der Welt und der Vereinigten Staaten beschleunigt wird.

„New York Times“ erklärt, eine Erörterung der Kriegsschuldfrage mit den Vereinigten Staaten sei in Anbetracht der im November falligen Wahlen zwecklos. Jene Vorschläge würden keine günstige Aufnahme finden. Die Vereinigten Staaten würden in Lausanne nicht einmal einen Beobachter haben. Die Hoover-Regierung müsse sich angesichts der Stellungnahme des Kongresses fügen.

Erfolg der Kohlenkonferenz.

Auf dem Weg zum internationalen Kohlenkartell.

Die Kohlenkonferenz des Völkerbundes ist am Mittwoch beendet worden.

Die Schlussföhung brachte zunächst die Erklärungen der Produktionsländer, wonach die protektionistischen Maßnahmen gegen Kohleneinfuhr mit der erfolgten Verständigung wegfallen sollen. Ferner kam eine Einigung zustande, die in der Geschichte der Kartelle wohl zum erstenmal die Pflicht der Unternehmer bringt, die Regierungen in jedem Stadium der Kartellverhandlungen zu unterrichten und dazu das Recht der Regierungen, jedes Arrangement nur mit ihrer Zustimmung wirksam werden zu lassen. Dadurch haben die Regierungen die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter und Verbraucher wahr zu können.

Die Arbeitervertreter hatten eine umfassendere Organisation beantragt, und zwar eine Art Staatsrahmenvertrag unter Einfluß

noch immer im internationalen Spiel der Kräfte politische über wirtschaftliche Erwägungen auch dann obliegen, wenn die wirtschaftlichen noch so sehr ganz offensichtlich von Motiven der Vernunft eingegeben sind.

Hinsichtlich der innerhalb Europas immer mehr zunehmenden

Tendenzen zum Protektionismus und zur Autarkie

wies Dr. Posse darauf hin, daß die ungünstige Wirkung dieser Entwicklung auf die Gestaltung der deutschen Handelsbilanz natürlich nicht ausbleiben kann. Das Vorgehen der Schweiz ebenso wie die sonst mancherorts aufzutretenden Einfuhrbeschränkungen lassen für Außenhandel und Handelspolitik des Jahr 1932 nicht unter einem günstigen Stern erscheinen. Eine wesentliche Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz zum mindesten gegenüber den Rekordmonaten September und Oktober 1931 ist zu erwarten. Gewiß haben wir

keinen Anlaß, durch eigene aggressive Maßnahmen dazu beizutragen, daß sich die in der Welt schon vorhandene Abwehrbewegung gegen die deutsche Ware noch verstärkte und beschleunigt. Wenn uns aber eine zureichende Ausfuhr nicht abgenommen wird, sind wir zur Erhaltung der Währung und zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht in der Lage.

Will man durch die Versperzung der Exportmärkte uns zu einem anderen handelspolitischen Kurs zwingen, so werden wir wohl oder übel den Fehdehandschuh aufzunehmen haben; für den bevorstehenden Quantensprung, der bereits jetzt seine ersten Wellen wirft, können wir es nicht ruhig mit ansehen, daß ein anderer sich gegen die Aufnahme der deutschen Ware abspricht und daß wir, als ob nichts geschehen wäre, den fremden Produkten einen unbeschränkten Zugang gestalten sollen.

Das akute Stadium, wie es durch die Entwicklung der deutschen und der englischen Finanzen und durch den ins Kraut geschossenen verstärkten Protektionismus in den Verlauf der Weltwirtschaftskrise gebracht worden ist, wird vielleicht zur Reinigung führen, als der stielige und gemitterschwüle Charakter, wie er der schleichenden Krise vorher anhaftete.

des Kohlenkartells der Arbeiter und Verbraucher. Gegen die Kartellierung haben sich die Arbeitervertreter nicht ausgesprochen. Sie haben jedoch Sicherungen dafür verlangt, daß keine einseitige sozialpolitische Nachstärkung der Unternehmer aus dem Kartell erwachsen und kein europäisches Kohlenmonopol gegen die Verbraucherländer entstehen darf. In Deutschland werden die Arbeitnehmer durch den Reichskohlenrat die Haltung der Regierung in den Kartellverhandlungen und bei der Kartellkontrolle beeinflussen können.

Eine stärkere Eingliederung der Arbeitnehmer und Regierungen nicht möglich.

ebenso wenig die der von Italien vertretenen Konsumentenländer, die sich schließlich mit dem Vorteil einer Stabilisierung der Preise und des Marktes zufrieden geben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich auch auf der Kohlenkonferenz wiederum die Erkenntnis von der unabweisbaren Notwendigkeit internationaler Verständigung als Heilmittel der Krise durchgesetzt hat. Die Kartellierung der europäischen Kohlenwirtschaft soll in kurzen Fristen erfolgen.

Leichte und schwere MG.

Eine Erfindung und drei Verhoffungen.

Prag, 13. Januar.

Die Prager Volkzeitung teilt mit, daß wegen Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Republik der Pale Kassarova und zwei tschechische Staatsangehörige verhaftet wurden, weil sie den Verkauf eines Patents für rasche Umwandlung eines leichten in ein schweres Maschinengewehr an den englischen Waffenfertiger Bickers vermittelten. Die Firma Selter u. Bellat, die Inhaberin des Patents, erklärt, daß die Erfindung den tschechischen Militärbehörden angeboten, von diesen aber abgelehnt worden sei. Die Beschafften werden auch in Zusammenhang mit einer Sowjetespionagezentrale in Dresden gebracht, die von den drei Beschuldigten geheimes Rüstungsmaterial gekauft haben soll.

Aufsehen erregend billige Angebote
während der 3 letzten Tage unseres großen Inventur-

**Nochmals
RIESEN-
MENGEN**

**Reste und
Abschnitte**

AUSVERKAUF

Nachmittagskleid 12,75
für Damen, Plüsch, Stück jetzt

Blusenschoner 1,65
für Damen, reine Wolle, viele Farben, Stück jetzt

Unterkleider 1,95
für Damen, Kunstseide, St. jetzt

Damen-Schlüpfer 1,35
Kunstseide, mit angerah-
tem Futter, Stück jetzt

Oberhemden 4,90
für Herren, Popeline, durch-
gehend, m. 1 Krage u. 1 Paar
Erste-Maschen, St. jetzt

Herren-Socken 0,85
reine Wolle, Paar jetzt

**Lackspangen-
schuhe** 4,25
für Damen, Paar jetzt

Aerzemäntel 3,95
Körper, mit auswechselbaren
Knöpfen, Stück jetzt

CrêpeGeorgette 1,45
Kunstseide, schwarz u. viele
mod. Farben, Meter jetzt

Toile 2,45
reine Seide, feine Wäsche-
u. Kleiderqualität, Meter jetzt

Afghalaine 2,45
Wolle mit Kunstseide, das
neue Gewebe, in modernen
Farben, Meter jetzt

Angestaubte Weisswaren
herabg. ohne Rücksicht a. d. bisher. Wert
Stück 0,22 0,45 0,68 0,85
jetzt

Tischtücher 3,85
Reinleinen Jacquard, kräft.
Haarw. ca. 130/16cm,
früher Stück bis 5,75, jetzt

**Parade-Kopf-
kissenbezüge** 1,75
mit Klappel-Bin- u. -Ansatz
ca. 80/80 cm, Stück jetzt

Diwandecken schwere Qualität
Serie I früh. Stück bis 9,50, jetzt 5,90
Serie II früh. Stück bis 17,50, jetzt 11,75
Serie III früh. Stück bis 25,00, jetzt 15,75

Smyrna-Velourteppiche
mit Fransen, Strapazierqualität
Gr. ca. 200/300 cm
früher Stück bis 78,00, jetzt 59,00
früher Stück bis 117,00, jetzt 89,00

Beginn 4. Januar
Verkauf
soweit Vorrat
Mengenabgabe
vorbehalten

THEATERN

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTEILEN!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Donnerstag, den 14. Januar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Das Herz
Städt. Schauspielhaus
Gedankenmarkt.
20 Uhr
**Wallensteins
Tod**

Winter Garten
8.15 Uhr Platz 3434, Kunden erkältet
20 Zigeunerinnen spielen,
„Zampanno's" fliegende
Leuchtende Menschen am
Lufttrapez im dunklen Raum
und weitere Varietè-Neuheiten!

Volksbühne
Theater am Blümlerplatz
8 Uhr
Die
Großherzogin
von Gerolstein
Städt. Schiller-Theater
8 Uhr
**Die göttliche
Jette**

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Karl Jöken in Der
Vogelhändler
Marg. Slesak
Lotte Carola
Preise von 50 Pf. an

Theater am Hollendorferplatz
Regie: Fritz Schönborg
Pallas 7051
Täglich 8 1/2 Uhr
Stgs. auch 4 1/2 Uhr

Stellenangebote!
finden im Vorwärts
beste Beachtung!

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.

Nur noch wenige Aufführungen
Was man aus Liebe tut

Dazu die Gesangs- und Tanz-Operette
Das Scheidungs-Souper
und der beste Varietè-Teil.
Jutscheim 1-4 Personen: Parkett 50 Pf.,
Parquet 1-4 Mark, Sessel 1.30 Mark.

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Die Komödie 8 1/2 Uhr
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

**Kurfürstendamm-
Theater**
11 445 - 8 1/2 Uhr
Gästel. & Kaufm.-Produkt.
Mahagony
von Brecht u. Weill

Gewinnauszug
4. Klasse 33. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

1.ziehungstag 13. Januar 1932
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

2 Gewinne je 10000 M. 335568
2 Gewinne je 5000 M. 90738
10 Gewinne je 2000 M. 18477 100812 172635 179888 340612
24 Gewinne je 1000 M. 4433 21521 37502 52094 201410 201701
220987 251006 289583 344387 379484 387910
32 Gewinne je 800 M. 19493 24316 55107 92318 96446 131483
166394 172322 205170 281763 298737 304194 310501 343490 346182
359536
40 Gewinne je 500 M. 15965 18113 26518 55553 69091 74932
86278 103995 112833 144114 162129 180564 173560 194151 240625
242240 337839 349028 353874 364254

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

2 Gewinne je 10000 M. 47874
6 Gewinne je 5000 M. 122384 130230 190165
10 Gewinne je 3000 M. 25595 100818 194998 326187 367107
4 Gewinne je 2000 M. 23687 221765
26 Gewinne je 1000 M. 45935 108541 115720 118379 163262
183155 226810 253726 305827 309586 341443 371592 384282
38 Gewinne je 800 M. 19215 24047 42485 45506 91099 114254
150394 225577 248392 249048 260197 273967 291123 302670 308461
312983 321635 367023
56 Gewinne je 500 M. 23521 43216 52089 67237 73072 87325
97574 107169 119553 125740 125897 128299 168264 168698 186703
196476 196727 217733 277512 281112 282491 285916 317018 322625
325801 336775 343686 367351

Sterbekasse
ehemals Pflugschär Arbeiter
(Heiselsche Kasse)
Samstag, den 24. Januar, vorm. 10 Uhr.
Generalversammlung
L. Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12.
Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenbericht; 2. Bericht
der Revisoren; 3. Wahl von Vorstands-
mitgliedern; 4. Wahl der Revisoren;
5. Wünsche; 6. Resolutionen/Entscheidungen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.

**Inserte
im
Vorwärts
bringen
Erfolg!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsmittglieder!
Am Freitag, dem 15. Januar 1932,
feine Sitzung der Berliner Orts-
verwaltung. Die Ortsverwaltung

**Mein Kapitän-
Kautabak**
schmeckt mir doch am besten!

Aus einem arbeitsreichen Leben wurde am
12. Januar unser alseits verehrter Mitarbeiter und
Kollege, der Rotations-Hilfsarbeiter
Paul Reichert
im Alter von 31 Jahren nach schwerem Kranken-
lager durch den Tod abgerufen.
Während seiner Jahrzehntelangen Tätigkeit in
unserem Betriebe erwarb sich der Verstorbene
allgemeine Achtung und Wertschätzung. Gestützt
auf das Vertrauen seiner Berufskollegen vertrat er
deren Interessen jahrelang als Vertrauensmann und
Betriebsrat; infolge seiner Gewissenhaftigkeit und
reichen Erfahrung wirkte er bis zu seiner Er-
krankung mosterträglich im Interesse der Belegschaft
und des Gesamtbetriebes. Durch seine stets be-
wiesene Geduld, Offenherzigkeit und Hilfsbereit-
schaft wird er in unserem Gedächtnis als Vorbild
echter Kollegialität weiterleben.
Berlin, den 13. Januar 1932.
**Geschäftsleitung und Personal
der Vorwärts Buchdruckerei.**
Trauerfeier: Montag, den 18. Januar, 13 1/2 Uhr,
im Krematorium Baumschulenweg.

Nach langem mit großer Geduld
getragenen schwerem Leben verstarb
am 12. Januar meine liebe Frau und
unser gute Mutter
Marie Müller
geb. Zabel
im 62. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Godfried Müller, Weberstr. 13.
Die Beerdigung findet am 16. Januar,
nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof
zu Ehrenfeld statt.

ESU Betten Schlehle,
Kleider, Polster, Chaisel, an jeden Teil
Katalog frei. Eisenmöbelwerk (Thür).

MUNZEN
kauft BALL-Berlin
**MUNZEN-
handlung**
Wilhelmstraße 44
Gebr. 1937

Gesches.
Schloßanlagen, Po-
tentzialstrassen, auf-
legemotoren, Wir-
belbetten, Walter,
Stangenzugwerke,
schneid. Rein Ge-
ben.

**Musik-
instrumente**

Einflüsse.
Mittelpunkt über-
aus wertvoll.
Pianofabrik Einf.
Steinmetzstr. 55 *
Hoffmann - Wianes
110.- gebrauchte
250.- an. Zeigler-
straße 57 (Spittel-
markt).

Verkauf.
300.-, 250.-, ge-
brauchte Pianos,
Blanchos, Zeit-
aufträge neuzug.

Radio

**Unser
Gedächtnis!**
Hochachtungsvoll
gerat. Gedächtnis.
Webel 31, Fabrik-
neu, Zugausfüh-
rung, einflüchlich
Hörsen und Konfir-
mation 44.- Markt.
Dorotheenstr. 68, II
rechts, gegenüber
Wintergarten.

Verkäufe

Kaufgesuche

Unterricht

Möbel

**Ver-
mietungen**

Wohnungen

Wohnungen

Wohnungen

Wohnungen

B. WOLLENBERG
langjähriger Mitarbeiter in den Viehhof-Restaurants-Betrieben und vom Schützenhaus Bismarck
eröffnet heute im Hochhaus Berolina am Alexanderplatz
Das
gutbürgerliche Bier- u. Speise-Restaurant
Nur Qualitätsware zu billigen Preisen
Schwemme Restaurant Stehbierhalle
BERLINER KINDL PSCHORRBRAU BERLINER KINDL
PILSENER URQUELL
Hauptausgang in der Tintz-Passage

Die gefährdete Hochbahn.

Strecke Hallesches Tor-Kottbusser Tor muß gänzlich renoviert werden. — Wie die Schäden behoben werden.

Die Hochbahnstrecke Hallesches Tor-Kottbusser Tor, die jetzt bereits seit dreißig Jahren in Betrieb ist, gilt seit langem als das Schmerzenskind der Verkehrs-Gesellschaft. Immer wieder werden neue Schäden in der Eisenkonstruktion des Viaduktes entdeckt. Zum erstenmal wurde die Bevölkerung durch das Bekanntwerden der Tatsache beunruhigt, daß sich in der Eisenkonstruktion auf der Strecke zwischen Hallesches Tor und Prinzenstraße ein Riß in einem wichtigen Träger gezeigt hatte. Die Stelle des Viaduktes wurde abgesteift und der Verkehr konnte ordnungsgemäß weitergeführt werden, bis sich vor einigen Tagen die Verkehrs-Gesellschaft auf Anraten ihrer Techniker gezwungen sah, ein 10-Kilometer-Tempo auf der ganzen Strecke bis zum Kottbusser Tor für alle Züge anzuordnen. Wenige Tage darauf wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Schäden behoben seien und seit gestern verkehren die Züge wieder in der fahrplanmäßigen Zugfolge. Der „Vorwärts“ hat nun einige Sachverständige über die gezeigten Schäden und über die Verkehrssicherheit der Strecke befragt. Wir können unseren Lesern darüber das folgende mitteilen.

Die Schäden treten immer wieder an der gleichen Stelle zwischen Hallesches Tor und Kottbusser Tor auf und zwar auf der Strecke, die von einer bestimmten Firma fertiggestellt wurde. Wie jetzt festgestellt wurde, hat diese Firma die Verankerungslöcher der Eisenträger nicht gebahrt, wie es heute allgemein üblich ist, sondern gestanzt. Die Stellen, an denen die Eisenträger zusammenstoßen und miteinander vernietet werden, sind mit einem sogenannten Knotenblech umgeben. Die kleinste Verschiebung oder Veränderung der Lage der Eisenträger wird nun mit Hilfe einer Rüstung, die unter der Brücke läuft, dauernd genauestens kontrolliert. Auf diese Weise wurden die neu aufgetretenen Schäden auch festgestellt.

Eine direkte Gefahr für den Hochbahnverkehr besteht bei dem Ausstreifen dieser Anregelmaßregeln nicht

und die Anordnung des langjahren Fahrens war eine Vorsichtsmahnahme, die die Fahrgäste durchaus nicht zu beunruhigen brauchte. Einige Sachverständige schloßen jedoch der Meinung zu sein, daß es fraglich ist, ob die geplante Erneuerung der Strecke sich durchführen lassen wird, ohne eine vorübergehende Stilllegung des Verkehrs auf der gefährdeten Strecke vorzunehmen.

Die Strecke wird „gefügt“.

Die gefährdete Hochbahnstrecke gehört zu den ersten Hoch- und Untergrundbahnlinien, die in Berlin gebaut wurden. Die erste Linie, die im Februar 1902 eingeweiht wurde, führte vom Potsdamer Platz über den heutigen Bahnhof Gleisdreieck zum Stralauer Tor. Angeschlossen wurde vierzehn Tage später die Strecke vom Zoo bis zum Potsdamer Platz und im August 1902 war die Hochbahnstrecke bis zur Warschauer Brücke fertiggestellt. Da man allgemein die Lebenszeit dieser Hochbahnkonstruktion auf dreißig Jahre bemißt,

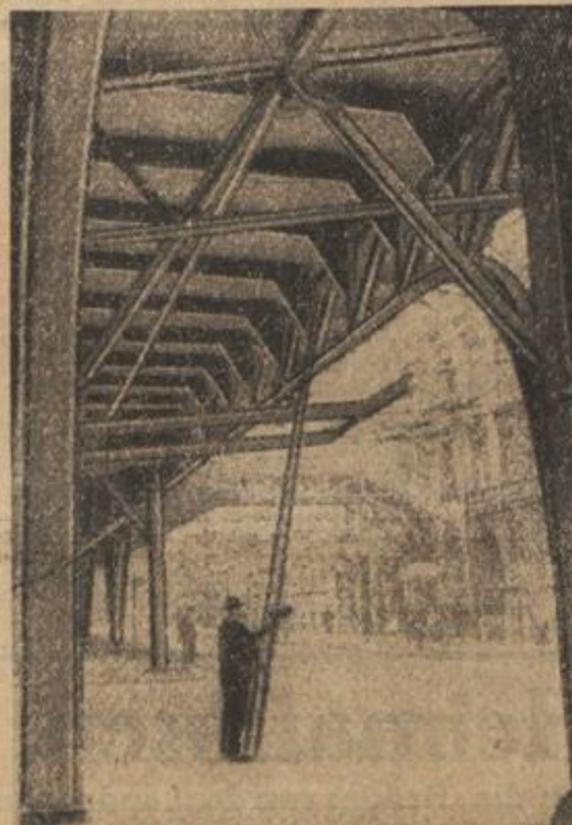
hat die Strecke also eigentlich ihre Pflicht und Schuldigkeit getan.

Die Verkehrs-Gesellschaft arbeitet deshalb auch bereits seit dem Jahre 1924 dauernd an der Erneuerung der für den Berufsverkehr so wichtigen Linie. Die Arbeiten gestalten sich jedoch sehr

schwierig, weil sie meistens nur des Nachts in der kurzen Zeit ausgeführt werden können, wenn der Betrieb ruht. Seit langem besteht ein genaues Renovierungsprogramm, das in vier bis fünf Jahren durchgeführt werden sollte. Es zeigt sich jedoch jetzt, daß die Verkehrs-Gesellschaft im Interesse der Verkehrssicherheit daran gehen muß, die Erneuerung zumindest des Teiles zwischen Hallesches Tor und Kottbusser Tor schnellstens durchzuführen. Ersichtlicherweise ist nirgends trotz der langen Lebensdauer der Konstruktion Rostbildung eingetreten. Das zeugt für eine intensive und gute Unterhaltung des Viadukts. Für den Fall, daß die Renovierung der ganzen Strecke doch nicht ohne eine Stilllegung durchgeführt werden kann, gibt es nur die eine Möglichkeit, den Verkehr durch einen Pendelbetrieb der unter dem Viadukt laufenden Straßenbahnlinien zu ersetzen. Selbst bei Geldüberfluß, an dem die Verkehrs-Gesellschaft aber bekanntlich nicht leidet, würde eine Erhebung der Hochbahnstrecke durch eine Untergrundbahnlinie nicht in Frage kommen.

Was der Aufsichtsratsvorsitzende der VVG sagt.

Wir haben auch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Bürgermeister Dr. Eifas, über seine Ansicht befragt. Dr. Eifas versichert, daß der Aufsichtsrat, der sich mit



Abstellungsarbeiten auf der Hochbahnstrecke Hallesches Tor - Kottbusser Tor

der wichtigen Frage der Streckenerneuerung bereits eingehend beschäftigt hat, alles tun wird, um sowohl höchste Verkehrssicherheit zu gewährleisten als auch eine Stilllegung der wichtigen Strecke zu vermeiden. Wahrscheinlich wird man schon in nächster Zeit die notwendigen Mittel für die umgehende Erneuerung der Strecke freimachen.

Ueberwachung liegt bei der Nord-Südbahn AG.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, einiges über die Aufgaben zu erfahren, deren Erledigung noch immer bei der Nord-Südbahn A. G. liegt. Dieser Gesellschaft, die ihre Bauten an sich bekanntlich längst beendet hat, ist die gesamte Ueberwachung der Hoch- und Untergrundbahnstrecken anvertraut. Auch die Renovierung der Strecke Hallesches Tor-Kottbusser Tor wird von ihr durchgeführt. Augenblicklich führt die Nord-Südbahn A. G. als Tochtergesellschaft der VVG, mehrere andere größere Reparaturen an der U-Bahn durch, so die Erneuerung einer Brücke auf der Strecke Reichhofplatz-Knie, die über das Gebiet der Reichsbahn beim Bahnhof Wiltberg führt.

Südtirol gegen Hitler.

Nächste Reichsbannerkundgebung Freitag Spichernsäle.

Die nächste große Kundgebung des Berliner Reichsbanners, die am kommenden Freitag, 20. Uhr, in den Spichernsälen, Spichernstr. 1 (U-Bahnhof Nürnberger Platz), stattfindet, wird sich mit dem nationalsozialistischen Verrat an Südtirol beschäftigen.

Das Reichsbanner hat als Referenten für diese Kundgebung den Vater Innerkofler (Wien), den Vorsitzenden des Hilfsbundes für Südtirol, verpflichtet. Als zweiter Redner spricht Kamerad Dr. Wischler, der Vorsitzende des Deutschösterreichischen Schutzbundes. Die Kundgebung wird zu einer Abrechnung mit den nationalsozialistischen Verrätern werden. Unkostenbeitrag 20 Pfennig. Erwerblosige haben freien Eintritt.

Seilattentat bei Blankenfelde.

Motorradfahrer ausgeraubt, die Täter entkommen.

Ein Seilattentat wurde gestern abend auf der Chaussee zwischen Blankenfelde und Schildow auf einen Motorradfahrer verübt.

Gegen 18 Uhr befand sich der Motorradfahrer Willi Erdmann aus Schildow auf dem Heimweg. Etwa 800 Meter hinter Blankenfelde fuhr Erdmann mit seinem Rad gegen ein starkes Bächseil, das quer über die Chaussee gespannt und an zwei Bäumen befestigt war. Er stürzte, erlitt aber glücklicherweise nur leichtere Verletzungen. Als er sich erheben wollte, stürzten sich vier bis fünf Männer auf ihn, zwangen ihn zu Boden und durchsuchten seine Taschen. Den Banditen fielen aber nur 7 M. in die Hände. Mit ihrem Raub flüchteten die Täter querfeldein.

Die Polizei hat sofort die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen. Man nimmt an, daß die Seilattentäter es wahrscheinlich auf ein Automobil abgesehen hatten, denn das Seil war stark genug, um einen Kraftwagen zum Halten zu bringen.



Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knauf

Warm!

Die U-Boot-Schule habe ich hinter mir. Ich habe Lukens Rat befolgt, der mir erzählte, wenn ich von den U-Booten fortkommen möchte, dann müsse ich dem Arzt bei der Präsentierung einen kleinen Roman erzählen. Das habe ich fertig gebracht, und so wurde ich vom Arzt als untauglich herausgeschmissen. Seit vier Wochen bin ich auf dem Flaggsschiff.

Liebtlich dient hier als Radiotelegraphist. Wir freuen uns, daß wir wieder zusammen sind. Soeben kommt er auf mich zu: „Zwiefel und noch zehn Mann sind abgeoffen.“

„Was? Zwiefel? Abgeoffen?“ Schnell hält mir Lieblich den Mund zu und deutet nach Bordbord, wo ein Offizier an der Keeling lehnt.

„Schrei nicht so“, spricht er gedämpft, „soeben ist die Depesche eingetroffen.“ Dabei erhebt er sich und ruft einen Signalunteroffizier heran. Der heißt Tolstoi, ist groß und stark und treibt heimlich Politik.

Er reicht mir die Linke, „Zuwachs“, und setzt sich zu mir. „Ein Freund von uns ist abgeoffen“, beginne ich. Tolstoi ist über alles informiert: „Am Nachbarhafen drangen die feindlichen U-Boote ein und versenkten den Torpedobootzerstörer. Dreizehn Mann und vier Offiziere sind abgeoffen.“

Ich erfahre von einer Meuterei in Cattaro. Tolstoi erzählte mir, daß ein Teil der Flotte, der in der Bocca di Cattaro ankert, einen Versuch gemacht hat, den Krieg zu

beenden. Das hohe Gebirge zieht dort einen Halbkreis um die Bucht, und das Meer schläft darin wie in einer Mulde. Küstenforts hocken auf den Bergen. Als die Schiffe eines Tages vollzählig in der Bucht versammelt waren, gaben vier Matrosen das Signal zum Ausfall. Sie hießen Franz Kosch, Anton Graber, Jerko Siggoric und Mate Bernicevic. Die Kommandos wurden gestürzt und die Küstenforts besetzt. Am Top der Achtermasten wehte die rote Flagge. Aber noch in derselben Nacht kamen deutsche Unterseeboote, die das Flottenkommando im Hauptkriegshafen herbeigerufen hatte, und riegelten die Bocca ab. Am dritten Tag der Meuterei stürmten Landsoldaten die von den Matrosen besetzten Küstenforts und nahmen die roten Befehlungen gefangen. Die Vondratten waren noch nicht reif für den Umsturz. Die vier Rädelsführer wurden festgesetzt und zum Tode verurteilt. Bei Morgengrauen wurden sie auf einem Karren geladen und wie gefährliche Bestien unter starker Bedeckung durch die Straßen nach dem Friedhof von Stajfari gefahren, wo sie dann erschossen und eingescharrt wurden. Niemand von der Zivilbevölkerung durfte Zeuge dieser Exekution sein. Patrouillen durchzogen die menschenleeren Straßen, alle Fenster und Fensterläden mußten geschlossen bleiben.

Aber die Revolte war noch nicht tot. An die Stelle der vier erschossenen Kameraden traten Kraus und Koudy. Sie beschloßen, mit ihrem Torpedoboot zum Feind überzugehen. Aber sie wurden verraten und nach Pola gebracht, wo sie zum Tode verurteilt wurden. Morgen sollen sie im Gefangenenhause hingerichtet werden.

Niedergeschlagen sitzt Tolstoi neben mir. Da tritt Horst zu uns und stößt mich an: „Nägel wird eingezogen.“

Schon bin ich auf und hau die Hand an die Kappe. Aber es ist zu spät. Der Proioß faucht mich an: „Bonde elende! Wie heißen Sie?“

Ich rapportiere. Dann rennt er auf Steuerbord und überumpelt eine Heizergruppe, die erschöpft ausspaunt. „Schweine!“ Er packt den ersten und jagt ihn unter Deck. Hinterher die anderen. Sie hasten an mir vorbei. Auf den Gesichtern liegt noch der verschwitzte Schweiß des Kohleneinschiffens. Ihre Arbeitsmonturen kleben vor Dreck und Schweiß an den Leibern.

Die Flagge ist eingezogen, wir liegen ausgestreckt neben dem Geschützturm, und die Nacht bricht herein.

Poser, ein Landsmann von mir, liegt in meiner Nähe. Er hat schon zwei Torpedierungen hinter sich. Das letzte mal wäre er beinahe abgeoffen. Manchmal springt er im Traume auf, schreit und blüht wirt um sich und haut sich dann wieder auf die Hängematte.

Ich spüre, daß sich unter Kästen, langsam vom Winde getrieben, um die Boje dreht. Aber da — was ist denn los? Von Achter erlöst ein Kommandoruf: „Gefechtsstationen!“

Stärker: „An die Gefechtsstationen!“

Bedeutet springen wir hoch. Jetzt domert eine Salve in der Nähe.

„Was ist los?“

Schon wieder tracht es. Die Reflektoren irren rasend von einem Punkt zum andern. Zwischen Kanonenschüssen hämmert ein Maschinengewehr. Eine Granate platzt.

Auf der Signalbrücke blitzen unsere Reflektoren auf. Morzeichen an die Nachbarboote. Zwei feindliche Gleitboote lind im Hafen und drücken sich in der Finsternis an das Flaggsschiff heran. Schon sind sie im Lichtkegel unseres Scheinwerfers.

Auf Rüstschiff halten einige Matrosen bereits den Rettungsring bereit. Einige ziehen die Unterhosen herunter, dann das Leibchen. Aber die Gleitboote wenden sich ab und rasen zum Hafentor. Sie liegen jetzt im Licht der Reflektoren. Es donnert und kracht, die Geschütze spektakeln, und alles ist in Rebel und Rauch gehüllt.

Ein Gleitboot schleudert und überschlägt sich. Splitter tanzen durch die Luft. Knapp vor dem Hafentor sinkt es. Das andere entkommt.

Dann wird es ruhig. Das Geschützfeuer verstummt. Unsere Motorboote stoßen ab und fischen zwei Offiziere auf.

Die Empörung über die Schweinerei im Hafen ist groß. „Nicht einmal im Hauptkriegshafen kann man ruhig schlafen.“ Einige sind so unsicher geworden, daß sie vor dem Schlafengehen die Schwimmweste umschnallen. Aber nichts Bedrohliches regt sich mehr. Der Himmel ist voll ruhiger Sterne.

Blößlich wieder ein Kanonenschuß, ein zweiter und dritter!

„Die Kasgeier der Kofelmacher! Auf!“

„Baramengo! Der Teufel soll sie holen!“

Achter ein Hornsignal: „An die Gefechtsstationen!“

Zügeralarm! Alles ist hoch und spricht auseinander.

(Fortsetzung folgt)

Als der Schlag kam . . .

Die Szenen aus Dantes Inferno lesen sich die Schilderungen der gequälten Bergleute der Kohlegrube bei Beuthen in Oberschlesien. Von wahrhaft erschütternder Wucht sind folgende neue Einzelheiten aus den Mitteilungen des Bergmanns Stama, der seine Kameraden immer wieder aufrichtete und zum Ausstehen ermunterte. Stama erzählt: „Wir standen unweit der Bühne am Haspel, als der Schlag kam. Durch den Luftdruck wurde der Haspel aus seiner Verzimierung gerissen und umgestülpt, die Menschen auseinandergelegt. Ich kam auf den Haspel zu liegen. Weiß wurde gegen die Wand geschleudert. Er versuchte, sich am Wagen festzuhalten, da kam schon der Stein herunter. Riesenblöcke waren es, viele, viele Zentner schwer. Sie klemmten Weiß die Finger fest und quetschten ihm die Beine.

Wir waren ohne Licht. Aununterbrochen prasselte der Stein herunter. Und dann war es still. Nur unser Schreien und das Rufen nach Licht, vermischt mit dem Geräusch des nachrieselnden Gerölls waren vernnehmbar. Nachdem wir fünf Stunden im Finstern umhergetrieben waren, fanden wir eine Lampe und Streichhölzer und kamen zu Licht.

Wir wollten Weiß befreien, konnten es aber nicht, denn wir hatten ja kein Werkzeug. Mit den Händen waren die mächtigen Steinblöcke von Weiß nicht wegzurücken. Man mußte ihn seinem Schlaf überlassen. Ueber zwei Tage und Nächte hat er geklitten, dann starb er. Kurz vor seinem Hinscheiden sagte er noch zu mir: „Alfred, grüße meine Frau und das Kind.“

Auf der anderen Seite fanden wir Misch zwischen den Stempeln. Eine ungeheure Last lag auf seinem Rücken. Mit den Fingern versuchte er sich herauszukriechen und seine namensthliche Last loszumachen. Vergeblich. Drei Tage und vier Nächte dauerte sein Kampf. Dann hatte er es auch überstanden.“

Bergmannslos!

Berschleppte Mädchen.

Suche nach „Tante Käthe“. — Minderjährige in Kuppelquartieren.

Bei der Berliner Kriminalpolizei sind jetzt mehrere Anzeigen wegen Entführung junger Mädchen eingelaufen. Die Kinder waren verschunden und sind zu unzähligen Zwecken mißbraucht worden. Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung handelt es sich um die der Kriminalpolizei bereits bekannte „Kindertrübin“ Käthe Grell, die verschiedene Mädchen auf der Straße angesprochen und in Kuppelquartiere geschleppt hat. Auf die Ergreifung der Frau, die ein Alter von 26 Jahren hat, ist eine Belohnung von 200 M. ausgesetzt.

Schon im vergangenen Jahre hatte Käthe Grell die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei auf sich gelenkt. Auf einer Straße hatte sie ein 13jähriges Mädchen angesprochen. Sie kaufte der Kleinen Schokolade und suchte später mit ihr ein Kino auf. Dann verabredete sie sich mit dem Mädchen auf den nächsten Tag. Als das Kind nicht in die elterliche Wohnung zurückkehrte, erstatteten die Eltern Anzeige bei der Vermittlungszentrale. An jenem Tage nach dem Kinobesuch war die Kleine bereits mit der „Tante Käthe“ zusammen. Diese brachte das Mädchen in Kuppelquartiere, wo es älteren Männern angeboten wurde. Das Geld, das die Kleine bekam, nahm ihr die gefährliche Kuppelkammer ab. Eines Tages lief das Mädchen aber weg und ging zu seinen Eltern zurück. Hier erzählte es seine Abenteuer. Die Eltern erstatteten sofort Anzeige und es wurde ein Strafverfahren gegen die Frau eingeleitet. Sie wurde jedoch nicht in Haft genommen. Inzwischen hatte „Tante Käthe“ in verschiedenen Gegenden Berlins gewohnt, so am Dramenplatz, in der Drämlerstraße, in Neukölln usw. Nunmehr sind wieder neue Anzeigen gegen sie eingelaufen. Es handelt sich um durchweg ähnliche Fälle. Auch jetzt hatte die Frau nacheinander

Rätsel um einen Einschreibebrief.

Zuchthaus für einen Postbeamten. — Geständnis und Widerruf.

Eine Berliner Firma hat ihr Konto bei einer Schweizer Bank. Zweimal in der Woche erhält sie Geldsendungen in Höhe von 3000 Schweizer Franken. Die Firma ist nicht nur vorsichtig, sie ist auch sparsam. Die Frantsendungen läßt sie nicht in Wertbriefen kommen, sondern in Einschreibebriefen. Auf dem Briefumschlag steht: Inhalt 3000 Frank. Eine Sendung im August bleibt aus. Das Geld ist aus der Schweiz abgeschickt worden; der Brief ist verloren gegangen. Die Ermittlungen der Oberpostdirektion verlaufen ergebnislos.

Eines Tages sahen zwei Postbeamte des Fernsahrdienstes in einem Caféhaus in Frankfurt a. M. Die Inhaberin, ein Fräulein H., erzählt ihnen, daß sie vor längerer Zeit von dem Postbeamten K., mit dem sie verlobt war, 1500 Schweizerfranken in Aufbewahrung erhalten habe; das Verlöbniß sei jetzt gelöst, das Geld fordere er nicht zurück, die Sache komme ihr verdächtig vor. Die Beamten erstatteten schließlich Meldung. Das war im November vorigen Jahres.

K. befrucht, mit dem Verschwinden des Einschreibebriefes auch nur das geringste zu tun zu haben. Was, er, ein alter Beamter mit dreißigjähriger Dienstzeit, der sich nie etwas hat zuschulden kommen lassen, sollte nun auf seine alten Tage ein Amtsverbrechen begangen haben! Das ganze sei nichts anderes als ein Racheakt von Fräulein H. Als sie eines Tages erfahren habe, daß er seine Schwägerin zu heiraten beabsichtige, sei sie nach Berlin gekommen; er habe sie beruhigt und ihr seine gesamten Ersparnisse, 1500 Schweizer Franken, zur Aufbewahrung übergeben. Das Schweizer Geld habe er durch Vermittlung seines Bruders bei einem Nitropaschaffner eingewechselt. Weder der Bruder, noch der Nitropaschaffner wußten etwas davon.

Ein Selbstmordversuch.

In der Nacht nach dieser Vernehmung versuchte K., sich an seinen Hofenträgern aufzuhängen, der Selbstmordversuch mißlang. Am nächsten Morgen war der Beamte zusammengebrochen. Schon dem

Mann, der ihn zur Postdirektion führen sollte, sagte er, er habe es sich reichlich überlegt, er wolle gehen. Er schrieb einen Brief an seine Schwägerin, in dem er sie um Verzeihung bat für all den Kummer, den er ihr zugefügt, das fürchtbare Weib sei an allem schuld. Den Kriminalbeamten erzählte er in allen Einzelheiten, wie er sich zwischen Magdeburg und Göttingen von den Frantscheinen, die aus dem geplatzten Briefumschlag herauslugten, habe verlocken lassen, unter welchen Umständen er 1100 Franken verloren, 400 Franken in Mark eingewechselt und sich einen Anzug gekauft habe. Dem Oberpostrat gegenüber entschuldigte er sich, daß er nicht bereits früher die Wahrheit gesagt habe. Als alter Beamter sei es ihm schwer gewesen, sich zum Geständnis durchzuringen. Fünf Tage später widerrief K. aus dem Gefängnis sein Geständnis.

Auch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte blieb K. beim Leugnen. Er habe das Geständnis in einem Zustand seelischer Verwirrung gemacht, er habe zwei Tage nicht gegessen und nicht geschlafen, er sei nur von dem einen Wunsche besetzt gewesen, freizukommen. Die Beweisaufnahme ergab kein eindeutiges Bild darüber, wann der Brief verschunden war. Es blieb allein das Geständnis des Angeklagten.

Der Verteidiger, Dr. Diamanti, zweifelte den Geisteszustand des Angeklagten im Augenblick des Geständnisses an. Der Arzt, der den Angeklagten unmittelbar, bevor er sich zum Fahrdienst abmeldete, behandelt hatte, glaubte bei ihm Symptome festgestellt zu haben, die auf eine beginnende progressive Paralyse hindeuten; die endgültige Diagnose wollte er einer weiteren Untersuchung vorbehalten wissen. Sollte die Diagnose aber zutreffen, so sei eine falsche Selbstbeurteilung wohl möglich. Das Gericht stellte sich nicht die Frage, ob nicht etwa die Tat selbst durch die beginnende Krankheit bewirkt worden war. Es nahm das Geständnis als zu recht gemacht an und verurteilte K. zu 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Er wird Berufung einlegen. Die zweite Instanz wird nicht darum herumkommen, einen Psychiater zu hören.

Ein feiner Schlächtermeister.

Angestellte entlassen, weil sie Schwangerschaft verschwiegen.

Das Arbeitsgericht Berlin hatte sich heute wieder einmal mit der Frage zu befassen, ob Schwangerschaft Grund zur fristlosen Entlassung sein könne oder nicht. Bei dem Berliner Schlächtermeister Max Westheimer war eine ledige Verkäuferin beschäftigt, die Anfang Dezember wegen Schwangerschaft fristlos entlassen wurde. Wegen dieser Entlassung legte die Angestellte berechtigten Einspruch ein und begründete diesen damit, daß das Gesetz ausdrücklich Schutzbestimmungen für werdende Mütter enthalte und daß aus diesem Grunde auch die Schwangerschaft kein Grund zur fristlosen Entlassung sein könne. Der vornehme Herr Fleischmeister wandte dagegen ein, daß die Klägerin in ihrer Arbeitskraft stark behindert gewesen sei und daß sie außerdem bei Vertragsabschluss die „Krankheit“ verschwiegen habe, so daß er den Vertrag außerdem auch ansah. Das Gericht gab der Klage der Verkäuferin selbstverständlich statt und hob die fristlose Entlassung auf. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Schwangerschaft grundsätzlich nicht als Grund zur fristlosen Entlassung angesehen werden könne und daß auch niemand verpflichtet sei, die Schwangerschaft anzuzeigen.

Furchtbarer Tod eines Rangierers.

Auf Bahnhof Wildpark zwischen die Puffer geraten.

Im Bahnbetrieb ereignete sich gestern auf der Station Wildpark bei Potsdam ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem der 37 Jahre alte Rangierer Gustav Pilsatz aus Potsdam ums Leben kam.

P. war auf den Gütergleisen mit dem Zusammenstoß zweier Waggons beschäftigt. Dabei geriet der Bahnarbeiter zwischen die Puffer der beiden Wagen und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche des Verunglückten wurde beschlagnahmt und ins Potsdamer Schauhause gebracht. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Staatskommissar für „Kampf den Gefahren“.

Der preussische Minister des Innern hat mit Rücksicht auf die Bedeutung der im Jahre 1933 in Berlin stattfindenden Ausstellung „Kampf den Gefahren“ für die Gruppen „Polizei und Verkehr“ einen besonderen preussischen Staatskommissar in der Person des Herrn Oberregierungsrat Dr. Dähler ernannt. Die Vorarbeiten für die Ausstellung sind bereits im Gange.

SA-Fahne trotz Rotverordnung.

Wie ein Leser mitteilt, hängt aus einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten, das sich unmittelbar am Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau befindet, trotz Rotverordnung und Polizeiverbot eine große Hakenkreuzfahne. Unser Gewährsmann behauptet, daß er einen Schutzbeamten auf das unrechtmäßige Hissen der Fahne aufmerksam gemacht habe. Der Beamte habe erklärt, daß die Tatsache dem zuständigen Hauptmann bereits mitgeteilt worden sei. Geschehen aber ist nichts.

Nazi-Versammlung in den Germania-Sälen aufgelöst

Wegen Verstößen gegen das Uniformverbot wurde heute abend eine aus etwa 300 Personen bestehende Versammlung der Hitlerjugend in den Germania-Sälen in der Chausseestraße durch die überwachenden Polizeioffiziere aufgelöst. Der Versammlungsleiter und 31 Teilnehmer der Versammlung wurden der Politischen Polizei übergeben.

„Manuskript des Eskimo“ im Planetarium. Von Dienstag, dem 19. Januar, ab wird das Planetarium täglich (außer Montags) um 15, 17, 19 und 21 Uhr den „Eskimofilm „Manuskript“ zeigen. Im Programm wird der Sternenhimmel gezeigt. Preise der Plätze 70 Pf., in der Vorstellung um 15 Uhr 50 Pf. Kinder, Studierende, Schüler und Arbeitslose zahlen die Hälfte.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Heute, Donnerstag, 20. Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weimarerstr. 16-17, Übungsstunde.

Proletarischer Volkstanzkreis Lichtenberg. Donnerstag, 14. Januar, 20 Uhr, Volkstanzabend in der Turnhalle Rückstraße 63. Ab Montag, den 18. Januar, regelmäßige Tanzabende von 20 bis 22 Uhr an gleicher Stelle, an denen ein Anfängerkursus durchgeführt wird.

Zur Erlangung schöner weißer Zähne und zur Beseitigung des höchst gefährlichen Zahnelagers benutzt man zweimal täglich die bekannte gute Chlorodont-Zahnpasta. Unter-Vorrichtung. Versuch überzeugt.

Warenhausbrand in Ziegel.

Ein gefährlicher Brand entzündete gestern in der Wirtschaftsabteilung des Warenhauses Hirsch in der Berliner St. 13 in Ziegel. Größere Mengen Papier, die in der Nähe eines Ofens lagerten, waren in Brand geraten, und die Flammen, die bereits auf Regale und Tische übergegriffen hatten, drohten weiteren Umfang anzunehmen. Glücklicherweise erschien die alarmierte Feuerwehr sehr schnell an der Brandstelle und es gelang, das Feuer nach kurzer Zeit einzudämmen.

Der Geschäftsbetrieb erleidet keine Unterbrechung.

Polnischer Bauer von Wölfen zerrissen.

Warschau, 13. Januar.

Im Wilnaer Land wurde ein Bauer, der betrunken im Walde eingeschlossen war, von Wölfen getötet und teilweise gefressen. Am nächsten Morgen fanden Landleute die Leberreste des Leichnams.

Im Heim der Heimatlosen.

Vor den Toren der Weltstadt: Das Haus für die „Brüder von der Landstraße“

Hinter Treuenbrietzen, einem Ort im Südwesten von Berlin, gibt es eine kleine Eisenbahnstation: sie nennt sich „Treuenbrietzen-Landesanstalt“ und besteht eigentlich nur aus einer Rampe zum Ein- und Aussteigen und einem Häuschen für den Mann, der die Karten kauft. Der Knipser offenbart sich bei näherem Zusehen als ein Beamter der „Landesanstalt“, die der Station den Namen gegeben hat und zwei Minuten abseits von der Bahnstrecke am Waldesrand liegt. Eins von den Häusern, das zum Gebietskomplex der Landesanstalt gehört, ist das „Wandererheim“, wie es sich in nicht ganz korrektem Deutsch nennt. Von Rechts wegen müßte es heißen „Wandererheim“, denn nicht das Heim wandert, sondern seine Inassen, die getadelt von der Landstraße kommen und hier für eine gewisse Zeit eine Heimat finden.

Von außen sieht man die Bewohner am Fenster sitzen und schön spielen, man hört sie musizieren und singen, es scheint hier ein ungezwungener Betrieb zu herrschen. Allerdings ist gerade Sonntag; alltags wird nicht nur musiziert, sondern auch fleißig gearbeitet. Arbeit ist hier nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine soziale Angelegenheit: man will den „Brüder von der Landstraße“ wieder zu einem regelmäßigen Lebensgang verhelfen: viele stieß ja nicht der Wandertrieb, sondern die Not in die Unordnung. Die Wanderer, die das Heim aufsuchen, müssen sich auf mindestens ein Vierteljahr zum Aufenthalt und zur Arbeit in der Anstalt verpflichten; gehen sie vorher weg, so verlieren sie den Anspruch auf die Arbeitsbelohnung, die ihnen für ihre Tätigkeit zufließt. Ob diese Härte richtig ist, mag zweifelhaft erscheinen; jedenfalls unterscheidet sich durch diese Regelung das Wandererheim von den mehr auf Daueraufenthalt und nicht speziell für Wanderer berechneten Arbeitskolonien, wie sie Bodelschwingh vor etwa 50 Jahren gründete, und von den sogenannten „Wandererheimstätten“ und den Herbergen zur Heimat, die mehr den Eitel von ländlichen Obdachlosen helfen: die Wanderer müssen bis 6 Uhr abends eintreffen, erhalten dann Quartier und Befähigung und müssen am anderen Vormittag einige Stunden arbeiten, worauf sie nach dem Mittagessen wieder in Paris geht werden.

Derartige Heime können zur Entlastung der Landstraßen nicht beitragen, wenn sie natürlich auch gerade in heutiger Zeit unentbehrlich sind. Die Wandererheimstätten hingegen wollen dem „Bagabunden“ nicht nur Hilfe für eine Nacht bieten, sondern ihm in pädagogischer Absicht womöglich den Übergang zu einem geregelten Dasein ermöglichen. Freilich ist das nicht so einfach.

Außer den Schwierigkeiten, die in den Zeitverhältnissen liegen, hat man häufig mit Widerständen zu rechnen, die von dem Pfleg-

ling selbst ausgehen. Besonders unter den Jüngeren kommt es immer wieder vor, daß einer vor der festgesetzten Frist, manchmal schon am zweiten Tag nach seiner Aufnahme, davonläuft.

Wer in das Heim will, muß sich zunächst ärztlich untersuchen lassen. Diese Prüfung bestehen die meisten, denn Landstreicher pflegen widerstehe Leute zu sein — andere halten so ein Leben nicht aus. Ein wenig schwieriger ist mitunter die Gewöhnung an Ordnung, Pünktlichkeit und Reinlichkeit, die das Anstaltsleben und die Leitidee einer solcher Institution verlangen. Beschäftigt werden die Wanderer im Landwirtschafts- und Gärtnerbetrieb, der recht ausgedehnt ist: über 1000 Morgen Wald, 300 Morgen Land und Wiesen und Obstplantagen gehören zur Anstalt; die Inassen des Heims haben vollauf zu tun. Also tatsächlich eine Stelle, wo es keine Arbeitslosigkeit gibt! Das unbegreifliche Phänomen erklärt sich allerdings vorwiegend aus zwei Umständen, mit denen man normalerweise nicht rechnen kann: aus der geringen Entlohnung der Arbeitenden und aus dem Maß ihrer Arbeitsfähigkeit, die man im Durchschnitt mit 30 Proz. der Norm ansieht.

Das Selbstverwaltungsprinzip ist soweit wie möglich durchgeführt — aus wirtschaftlichen und aus erzieherischen Gründen. Wanderer, die sich bewährt haben, erhalten Vertrauensposten im Innenbetrieb als Ausseher, Vorarbeiter und Schreiber; ihnen ist eine besondere Wohnbaracke zugewiesen, die „Honoratiorenkation“. Der anderen stehen zwei massive Wohnbaracken zur Verfügung: unten sind die Werkstätten und Tagesräume, im Dachgeschoss die Schlafräume. Selbstverständlich fehlt nicht der kleine Komfort für die Feierabendstunden: Lesezimmer, Bücher, Musikinstrumente, Klubzimmer, Radio.

Etwa 700 Wanderer jährlich von der Landstraße wegzunehmen, darf sich dieses Wandererheim rühmen. Es ist nicht das einzige seiner Art: als die Provinz Brandenburg im Jahre 1913 die Fürsorge für die Wanderer in ihren Aufgabentkreis einbezog, richtete man an den Hauptverkehrsstraßen nach Berlin nach und nach selbständige Heime ein, die zusammen annähernd 1700 Plätze haben. Im Verhältnis zu dem Nutzen, den die Heime stiften, sind die Mittel, die dafür aufgewendet werden müssen, gering. Bei der bescheidenen und sparsamen Organisation der Anstalten werden die Kritiker, die gern gegen den „Fürsorgestaat“ zu Felde ziehen, hier kaum irgendwelches Angriffsmaterial finden. Die Heime, welche die Provinz hier den Heimatlosen errichtet hat, sind im Laufe der Jahre sogar bis zu einem gewissen Grad vorbildlich geworden, so daß man schon von einem „Brandenburgischen System“ spricht. In einer Zeit, da die Fürsorgeeinrichtungen des Staates von mancher Seite aufs Schwerste angegriffen werden — meist freilich aus sehr durchsichtigen Gründen —, soll auch einmal auf das Gute und Wertvolle hingewiesen werden, das geschaffen wurde.

Erdoilkonzerne und Preissenkung.

Ungenügende Treibstoffverbilligung. — Wucherische Petroleumpreise.

Die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Durchführung der Preissenkung für Treibstoffe hat mit Recht in der Öffentlichkeit scharfen Widerspruch hervorgerufen.

Das Reichswirtschaftsministerium hat gegenüber der Betriebsstoffkonvention von seinem Recht, Ausnahmen von der zehnprozentigen Senkung der Kartellpreise zuzulassen, Gebrauch gemacht und durch eine Bekanntmachung eine Preissenkung von nur 2 bis 2½ Pf. je Liter für Treibstoffe gegenüber dem Stand vom 30. Juni v. J. für ausreichend erachtet, und zwar unter Aufrechnung der bereits gewährten Verbraucherrabatte. Da in den Städten Berlin, Hamburg, München, Dresden, Frankfurt bereits ein Sondernachschlag von 2 Pf. je Liter gewährt wurde, tritt also für die

Benzin) in Frage, die ihre Leistungsfähigkeit im Laufe des vorigen Jahres auf 350 000 Tonnen gesteigert hat. Die Raffinerie Wismar, die von der Preussischen Bergwerks A.-G. (Preuschag) in Verbindung mit der Oelgewerkschaft Elwerath und dem Kalifonzern Wintershall gebaut und die nach einem nordamerikanischen Krackverfahren besonders hannoversches Erdöl verarbeiten wird, dürfte im Jahre 70 000 bis 80 000 Tonnen liefern können. Der gesamte Treibstoffbedarf in Deutschland wird in den vorliegenden Projekten mit 1,5 Millionen Tonnen angenommen. Man geht weiter davon aus, daß die Gewinnung von Benzol aus Kohle jährlich 150 000 Tonnen erbringt. 150 000 Tonnen Alkohol will man dem Reichs-

branntweinmonopol abnehmen, das ja auf Beständen in Höhe von 2 Millionen Hektolitern rettungslos festliegt. Der Beimischungs-zwang von Monopolsprit zum Benzin soll 10 Proz. betragen. Wirtschaftlich wird das erst tragbar, wenn es gelingt, den äußerst hohen Preis für Monopolsprit zu senken. Das will man erreichen, indem man dem deutschen Einheitstreibstoff 10 Proz. des billigeren Methylnalkohols zusetzt, für den als Großlieferant ebenfalls die I.G.-Farben-Industrie (Leuna) in Frage kommt.

Hinsichtlich der Kosten denkt man an eine Rationalisierung bei den Zapfstellen. Wir haben in Deutschland etwa 50 000 Zapfstellen, von denen, nach Auffassung der Väter des Projektes, rund die Hälfte stillgelegt werden könnte.

Wir behalten uns eine Stellungnahme zu den Projekten vor, die auch handelspolitisch von erheblicher Bedeutung sind. Das Sinnvollste wäre die Befassung eines Staatsmonopols. Unmöglich muß die Subventionmäßige Bevorzugung von Interessentengruppen auf anderer Leute oder des Staates Kosten sein.

Stromverbilligung der Preag.

Der Einfluß der Großproduzenten bis zur Lampe und zum Motor bewährt sich.

Die dem preussischen Staat gehörende Preussische Elektrizitäts A.-G. (Preag) und die ihr angeschlossenen Stromverteilungs-gesellschaften haben eine großzügige Tariffenkung vorgenommen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß bei der Preag schon vorher, z. B. gelegentlich der Zusammenfassung und Übernahme kommunaler und sonstiger Verteilungsneue Strompreissenkungen in Kraft getreten sind.

Die neuen Preissenkungen beziehen sich auf alle Gruppen der Stromverbraucher. Im hannover-braunschweigischen Gebiet ist der Kleinsttarif für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Tarife umgebildet worden. Es wurde ein Blocktarif als Wahltarif geschaffen, der einen Grundpreis von 26 Pfennigen je Kilowattstunde vorsieht und sich stufenweise entsprechend den Benützungstunden bei den einzelnen Abnehmern bis auf 12 Pfennig senkt. Ein Kleinsttarifabnehmer z. B., der entsprechend seiner Abnahme nach der bisherigen Tarifform im Durchschnitt einen Preis von 22 Pfennigen je Kilowattstunde zu zahlen hatte, wird infolge der Ermäßigung auf 17,5 Pfennig im Durchschnitt kommen. Die Ermäßigung beträgt somit in diesem Falle rund 20 Prozent. Weiter wird im hannover-braunschweigischen Gebiet der am 1. Januar 1931 eingeführte Haushaltstarif, der 48 Pfennig für den Regelverbrauch und 10 Pfennig für den Mehrverbrauch vorsieht, jetzt auf 46 Pfennig für den Regelverbrauch gesenkt. Die gleiche Herabsetzung des Regelverbrauchstarifs erfolgt im oldenburg-ostfälischen Gebiet. Ferner wird der Haushaltstarif als Wahltarif im schleswig-holsteinischen Gebiet eingeführt, wo außerdem der bisherige Grundstrompreis für Lichtstrom eine Senkung von 50 auf 46 Pfennig erfährt.

In Westpreußen, wo sich die am 1. Januar 1931 vorgenommene Preissenkung zwischen 4 und 17 Proz. bewegt, liegt die neu verfügte Preissenkung ungefähr zwischen 4 und 10,7 Proz.

Bei der Stromverteilungs-A.-G. Weisenfels-Zeitz und der Rieburger Stromverteilung sind ebenfalls wesentliche Ermäßigungen für die verschiedenen Abnehmergruppen vorgezogen.

Dazu teilt die Preussische Elektra mit, daß ihr mittlerer Strompreis — Preise von 1925 = 100 gesetzt — schon für das Jahr 1931 bereits ein Absinken auf 90 zeigt. Dazu kommen die neuen Stromverbilligungen.

Bei den Maßnahmen im Preag-Gebiet ist zu berücksichtigen, daß die Preag-Werke und Gesellschaften fast nur Kleinstädte und dünn besiedelte Landwirtschaftsgebiete beliefern. Um so ernster wog die Verantwortung und um so wichtiger ist der durchgreifende Verbilligungserfolg. Das im Preag-Gebiet verfolgte Prinzip, durch Zusammenfassungen sowohl die Produktions- und Verteilungskosten zu senken als auch die Stromtarife bis zur Lampe und zum Motor zentral zu kontrollieren, hat sich bewährt.

Der Preisabbau beim Märkischen Elektrizitätswerk.

Das große Brandenburger Versorgungsunternehmen, Märkisches Elektrizitätswerk A.-G., das zu 100 Prozent im Besitz der Provinz Brandenburg bzw. ihrer Kreise und Städte ist, hat einen weitgehenden Preisabbau beschlossen.

Die jetzige Tarifform senkt die Arbeitsgebühr für den Jahresverbrauch von 1000 Kilowattstunden von 12 auf 10 Pf. je Kilowattstunde. Die Arbeitsgebühr für Speicherverzwecke, die kürzlich von 6 auf 5 Pf. gesenkt worden ist, wird bis auf 4 Pf. gestaffelt. Für Haushaltsstrom war bisher ein Tarif in Kraft, der bei einem Verbrauch bis zu 50 Kilowattstunden eine Grundgebühr von 50 Pf. je Zimmer und Monat und eine Arbeitsgebühr von 15 Pf. je Kilowattstunde vorsah. Für den über diese Grenze gehenden Verbrauch ist eine Senkung der Arbeitsgebühr auf 10 Pf. je Kilowattstunde vorgezogen. Wahlweise ist ein Einheitsstarif eingeführt worden, dessen Grundgebühr um 20 Pf. je Zimmer und Monat erhöht ist, dessen Arbeitsgebühr aber allgemein auf 10 Pf. festgesetzt ist.

Großstilllegung bei Krupp.

Vom Krupp-Konzern wird bekanntgegeben: Der Auftragsmangel bei der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen (Fried. Krupp A.-G.) hat in starkem Maße zugenommen. Das Werk sieht sich daher gezwungen, seinen Betrieb am 16. Januar stillzulegen. Von der Stilllegung werden voraussichtlich 4250 Arbeiter betroffen.

Die Friedrich-Alfred-Hütte hat den Arbeitern vorsorglich gekündigt, jedoch in einer Bekanntmachung der Hoffnung Ausdruck gegeben, etwa am 8. Februar die Arbeit wenigstens zum Teil wieder aufnehmen zu können.

Entbehrlicher Generaldirektor.

Klein von der Leitung der Iduna-Germania zurückgetreten.

Im Iduna-Prozess kam zur Sprache, daß für den Generaldirektor Klein des Versicherungskonzerns Iduna-Germania bei seinen Gesellschaften eine Lebensversicherung über eine Million Dollar bestünde; die Prämien dafür bezahlten die Gesellschaften. Bisher ist nicht aufgeführt, zu wessen Gunsten diese Versicherung läuft, ob zugunsten Kleins — dann wäre sie eine auffallende Sondervergütung unter großen Kosten und hohem Risiko der Aktionäre und Versicherten —, oder zugunsten der Iduna-Germania — dann wäre sie wohl eine unzulässige Referendenbildung. Klein selbst erklärte damals, die Gesellschaften hätten damit sich selbst versichert gegen den etwaigen Verlust der hochwertigen Arbeitskraft ihres Generaldirektors. (!)

Vor zwei Monaten setzte dann eine überraschende Prüfung der Verhältnisse bei Iduna-Germania durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ein. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen; aber der „unentbehrliche“ Generaldirektor Klein hat auf Druck des Reichsaufsichtsamts seinen Posten bei den Hauptgesellschaften des Konzerns aufgeben müssen — das Reichsaufsichtsamt scheint also die eigentliche Lebensversicherung wohl doch nicht als ganz einwandfrei angesehen und die Arbeitskraft Kleins als weniger hochwertig beurteilt zu haben, als er selbst.

Die Öffentlichkeit und die Versicherten müssen verlangen, daß das Reichsaufsichtsamt endlich das Resultat seiner Prüfung bekanntgibt.

Deutschland und die Schweiz.

Prinzip der Weisbegünstigung bleibt bestehen.

Nachdem die Schweiz den Handelsvertrag mit Deutschland gefündigt hat, fallen ab 4. Februar d. J. alle Bindungen des Handelsvertrages, darunter auch die verschiedenen tariflich vereinbarten Zollsenkungen fort. Beide Länder sind jedoch jetzt übereingekommen, das Prinzip der Weisbegünstigung aufrechtzuerhalten. Dadurch kommt also jede Zollleichterung, die eines der beiden Länder einem dritten Land zugestanden hat, dem Verhandlungspartner gleichfalls zugute.

Der Beschluß, die gegenseitige Weisbegünstigung aufrechtzuerhalten, ist ein Beweis dafür, daß sowohl die Schweiz wie auch Deutschland alles vermeiden wollen, um während des vertraglosen handelspolitischen Zustandes eine Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen und damit auch eine Entremdung zwischen den beiden Nachbarn eintreten zu lassen. Wir wollen hoffen, daß diese Verständigung über die Aufrechterhaltung der Weisbegünstigung als der erste Schritt zu einer allgemeinen handelspolitischen Einigung anzusehen ist.

Norwegen erhöht die Zölle.

Nach norwegischen Blättermeldungen will die Regierung eine grundsätzliche Schwächung in der bisherigen handelspolitischen Vorherrschaft von dem Vertragssystem der Weisbegünstigungen loslösen.

In geheimer Sitzung wurde heute vom Storting eine Zollserhöhung angenommen. Auf die bestehenden Zölle wird ein Goldzuschlag gelegt, der 20 Proz. betragen soll.

Günstige Aussichten für Breanabor. Zwischen den Breanaborwerken in Brandenburg und ihren Gläubigern laufen seit Wochen Vergleichsverhandlungen mit dem Ziele, den Weiterbetrieb des Wertes zu ermöglichen. Die Verhandlungen mit den Großgläubigern sind bisher so verlaufen, daß man mit einer Wiederaufnahme der Arbeit in sämtlichen Betriebsstätten rechnen kann.

Polens Außenhandel aktiver. Die Handelsbilanz ergibt für 1931 bei einer Einfuhr von 689,1 Millionen Mark und einer Ausfuhr von 882,8 Millionen Mark einen Exportüberschuss von 193,7 gegen 88,8 Millionen Mark im Vorjahr. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr, wo die Einfuhr 1,05 Milliarden und der Export 1,14 Milliarden Mark betrug, ist der Gesamtumsatz des polnischen Außenhandels infolge der Krise stark gesunken.

Hauptverbrauchsgebiete tatsächlich keinerlei Verbilligung

ein. Die den Konzernen verbleibende Betriebsspanne von rund 10 Pf. per Liter ist wesentlich höher als im gesamten Ausland. Es darf nicht zugelassen werden, daß auf den Verbrauch die übermäßigen Kosten und Lasten eines im Konzernlampen unsinnig aufgeblähten Betriebsapparats abgewälzt werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat unseres Erachtens die Pflicht, diese Spanne weiter herabzusetzen und auf eine allgemeine Verbilligung der Treibstoffe hinzuwirken.

Biel-ärger noch liegen die Verhältnisse in dem sonstigen Mineralölgeschäft und geradezu aufreizend im Leucht-petroleumvertrieb.

Im Handel mit Motorenöl und Schmieröl, der größtenteils in der Hand der großen Konzerne und ihrer Tochtergesellschaften liegt, sind Gewinnzuschläge bzw. Rabatte in Höhe von 50 Proz. gang und gäbe und gehen teilweise noch beträchtlich darüber hinaus. Gegen diese Uberteuerung hätten die zuständigen Stellen längst eingreifen müssen.

Geradezu ein Skandal ist die phantastische Uberteuerung des Petroleum.

also in erster Reihe des Leuchtölverbrauchs. Leider ist noch immer ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung auf die Petroleumlampe angewiesen, im Berliner Wedding gibt es z. B. noch zahlreiche Wohnungen ohne Gas- oder Elektrizitätsanschluß, und die Landbevölkerung ist noch größtenteils auf das Leuchtpetroleum angewiesen.

Nach der Einfuhrzolltarif erreicht der Verbrauch von Leucht-petroleum noch immer rund 2 Millionen Hektoliter im Jahr. Der Preis für Leuchtpetroleum ist trotz des gewaltigen Preissturzes nicht herabgesetzt worden. Der Kleinabgabepreis beträgt in den Großstädten nach wie vor zumeist 40 Pf., auf dem Lande 45 Pf. je Liter. Demgegenüber beträgt der Importpreis gegenwärtig nur 3 bis 3½ Pf., Zoll und Spiritusabgabe etwa 11 Pf. je Liter. Die Spanne zwischen dem Einlandspreis der Konzerne von rund 14½ und dem Kleinverkaufpreis von 40 bzw. 45 Pf. beträgt also mehr als 200 Proz.

Diese gewaltige Uberteuerung, die man geradezu als wucherisch bezeichnen muß und von der gerade die allerärmsten Volksschichten betroffen werden, wird offenbar dadurch ermöglicht, daß das Petroleumgeschäft faktisch von zwei großen Konzernen, von „Dapolin“ und „Diez“, beherrscht wird, den deutschen Tochtergesellschaften des Standard-Oil-Konzerns und der Anglo-Persian Company. Hier liegt faktisch eine monopolistische Uberteuerung vor, gegen die längst hätte vorgegangen werden müssen.

Es ist die Aufgabe des Preiskommissars, die Preisstellung für die Waren des täglichen Bedarfs — und dazu gehört das Leuchtpetroleum — zu überwachen. Wir erwarten, daß angesichts dieser geradezu aufreizenden Uberteuerung der Preiskommissar unverzüglich eine fühlbare Herabsetzung der Petroleumpreise erwirkt.

Ein Plan für die Treibstoffwirtschaft.

Einheitsmarke für deutschen Treibstoff. — Lizenzen fürs Ausland.

Nach Informationen des WTB-Handelsdienstes wird gegenwärtig von den zuständigen Stellen ein Plan zur Neuordnung der deutschen Treibstoffwirtschaft erörtert. Nach diesem Plan soll eine Einheitsmarke für den deutschen Treibstoff zu einem Einheitspreis festgelegt werden in Verbindung mit einem Lizenzsystem für die ausländischen Liefergruppen.

Die Zusammenfassung des Einheitsbenzins soll so sein, daß auf Benzin 70 Proz., auf Methylnalkohol 10 Proz., Methylnalkohol 10 Proz. und auf Benzol ebenfalls 10 Proz. entfallen. Man will also Spiritus in größerem Umfang verwenden, was für die Landwirtschaft und das Branntweinmonopol von Bedeutung wäre. Dieses Mischungsverhältnis würde die Möglichkeit bieten, je nach dem Ausfall der Kartoffelernte die Spiritusbeimischungsquote zu erhöhen oder zu verringern.

Im Zusammenhang mit diesem neuen Projekt wird auch an eine Reorganisation des Verteilungsapparats der deutschen Treibstoffwirtschaft gedacht, dessen Kosten fast 50 Proz. des Benzinspreises ausmachen. Die ganze Angelegenheit befindet sich jedoch vorläufig erst im Stadium der Erörterung, irgendwelche Beschlüsse sind bisher nicht gefaßt worden.

Als deutscher Großproduzent kommt zunächst die I.G.-Farben-Industrie mit ihrem Leunawert (synthetisches

JUNO 6 Stück 20

Karl Marx persönlich

Erinnerungen eines Zeitgenossen / Mitgeteilt von B. Nikolajewski

Karl Marx — sein Name ist heute wieder in alle Munde. Die Kommunisten beanspruchen ihn für sich, die Nationalsozialisten denahen ihn als Vogelscheuche. Beide mit Unrecht. Von den Sozialdemokraten in seiner Bedeutung zuerst erkannt, ist es auch heute noch die Sozialdemokratische Partei, in der sein Erbe lebendig geblieben ist. Hier einige Erinnerungen von ihm, die bisher kaum bekannt wurden.

Professor M. Kowalewsky (1851—1916), der bekannte russische Gelehrte und Politiker, hat Erinnerungen über seine Begegnungen mit Karl Marx veröffentlicht, die dem deutschen Leser bisher noch völlig unbekannt blieben, obwohl sie für die Biographie von Marx von großem Interesse sind. Nachstehend bringen wir einige Bruchstücke aus diesen Erinnerungen.

Erster Besuch.

Kowalewsky besuchte Marx zum erstenmal in London im Jahre 1875 oder 1876. Marx wohnte damals in Walsingham Crescent Nr. 41. Im ersten Stock befand sich die Bibliothek und das Empfangszimmer. Als Kowalewsky das erste Mal zu Marx kam, brachte er ein Empfehlungsschreiben eines Revolutionärs mit, der bei der Niederwerfung der Pariser Kommune dem Schwiegersohn von Marx — Charles Longuet — das Leben gerettet hatte. Dennoch brachte ihm Marx zunächst großes Mißtrauen entgegen. „Ich glaube“ — schreibt Kowalewsky — „daß mir Marx gleich am ersten Tage unserer Bekanntschaft mitgeteilt hat, daß alle Russen, die im Auslande leben — mit wenigen Ausnahmen — Agenten des Panflavisimus seien.“ Besonders scharf äußerte sich Marx über Herzen und Bakunin. „Ich verließ Marx' Haus — fährt Kowalewsky fort — „wie ein begossener Fudel, mit dem festen Vorsatz, es nie wieder zu betreten. Aber kurze Zeit darauf traf ich mit Marx in Karlsbad zusammen. Da er dort keine andere Gesellschaft hatte, schloß er sich mir an. Wir machten zusammen unsere Spaziergänge am Morgen und am Abend und haben gemeinsam gegen unsere Diät mit Hilfe einer Flasche Rübenschmelzer, für den Marx eine besondere Vorliebe hatte, verstoßen. Kucherbaib seines gewöhnlichen Milieus war dieser große Mann sehr feilich, sogar sanftmütig. Er konnte unendlich viel erzählen, besaß viel Humor und war stets bereit, über sich selbst zu spotten.“

Kapital, Band II, entsteht.

Diese Beziehungen wurden auch später in London fortgesetzt, wo Kowalewsky ein häufiger Gast bei Marx und Engels war. Marx führte zu jener Zeit ein sehr zurückgezogenes Leben und verhielt sich sehr ablehnend gegenüber neuen Bekanntschaften. Mehrere bekannte europäische Schriftsteller — darunter nennt Kowalewsky auch Dabiel — äußerten vergeblich den Wunsch, Marx persönlich kennenzulernen. Marx, der sich oft über die Unersprechlichkeit der Journalisten klagte, lehnte aber meist alle neuen Bekanntschaften ab. Er war zu jener Zeit durch seine Arbeit für den zweiten Band des „Kapitals“ sehr in Anspruch genommen. „Seine Bibliothek“ — so erzählt Kowalewsky — „die sich in einem großen dreieckigen Zimmer befand, bestand fast ausschließlich aus Büchern, die er für seine Arbeit benötigte. Die Bücher lagen meist in großer Unordnung auf dem Schreibtisch und den Sesseln umher. Ich kam manchmal zu ihm, während er in seine Arbeit vertieft war, und es fiel ihm gewöhnlich in diesen Augenblicken sehr schwer, sich vom Gegenstand, der ihn vollkommen beherrschte, loszureißen und ein Gespräch über ein anderes Thema zu führen. Das bedeutet aber keineswegs, daß er kein Interesse für die Tagespolitik zeigte. Im Gegenteil, er konnte sich für mehrere Stunden in die Details von Zeitungen vertiefen, wobei er nicht nur die englische, sondern fast die gesamte Weltpresse las. Ich traf ihn einst beim Lesen der „Roman“ an und hatte Gelegenheit, zu beobachten, wie leicht er mit der schwierigen rumänischen Sprache fertig wurde.“

Marx beschäftigte sich im zweiten Bande des „Kapitals“ ausführlich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Rußland und in Amerika zu befragen, und interessierte sich deshalb ganz besonders für die nationalökonomische Literatur dieser beiden Länder. Er erlernte sogar zu diesem Zwecke die russische Sprache. Kowalewsky und die anderen russischen Bekannten von Marx stellten ihm russische Bücher in reichlicher Maße zur Verfügung. Marx studierte sie mit großer Aufmerksamkeit und verwandte darauf viel Zeit. Seine Frau war damit freilich unzufrieden, da sie mit Recht annahm, daß durch das Studium der russischen Literatur sich die

Beendigung des „Kapitals“ verzögerte. Kowalewsky erzählt, sie habe ihm oft im Scherz gedroht, daß sie ihm sein Bleiberechtigt — Hammelfakelt (Chop) — entziehen werde, wenn er Marx immer neue russische Bücher bringen und ihn dadurch hindern werde, sein Werk zu vollenden.

Im Kreis der Seinen.

Kowalewsky erzählt auch Näheres über Marx' Gattin, von deren Abstammung, den ersten Jahren ihrer Ehe und den Leben und Entbehrungen der ersten Jahre der Emigration über die ihm Marx selbst viel berichtet hat. Unter anderem erzählte Marx auch Kowalewsky von der Begeisterung des alten Herrn von Westphalen — Marx' Schwiegersohns — für die Lehre von Saint-Simon, die er auch Marx mitzutellen suchte. In der Zeit, als Kowalewsky des öfteren mit Marx zusammenkam, litt die Familie Marx zwar keine Not mehr, lebte jedoch sehr bescheiden. „Man trifft selten“ — so erzählt Kowalewsky — „in so bescheidenen Verhältnissen eine derartige Gastfreundschaft, wie bei Marx' Frau, und nur selten gelang es jemanden in dem Maße wie Jenny Marx, das Benehmen und das Äußere einer grande dame, wie die Franzosen zu sagen pflegen, bei aller Schlichtheit zu bewahren.“

In seinem persönlichen Verhalten war Marx bei weitem nicht der, als den ihn manche Anarchisten in ihren Memoiren geschildert haben. „Nach den Äußerungen Reclus' (eines Teilnehmers an der Pariser Kommune. Ann. d. Red.)“ — so erzählt Kowalewsky — „soll Marx beim Empfang der Mitglieder der Internationalen sich im Hintergrunde seines Empfangszimmers in der Nähe der Büste des olympischen Zeus aufgehalten haben, um angeblich damit zu betonen, daß er zu den größten Männern der Welt gehört.“ Eine derartige Grobheit lag absolut nicht in Marx'

Natur, der im Gegenteil sich sehr natürlich gab, gern scherzte und lachte usw. „Ich erinnere mich“ — berichtet Kowalewsky weiter — „an ein Familienfest, das bei Marx anlässlich der Rückkehr der Schwester und der beiden Neffen von Karl Marx aus Kapland stattfand. Die Schwester konnte es nicht verschmerzen, daß ihr Bruder Sozialistenführer sei, und hob in einem Gespräch mit mir immer wieder hervor, daß sie einer sehr angesehenen Triester Rechtsanwaltsfamilie angehöre. Marx amüsierte sich dabei köstlich und lachte wie ein Junge. . . .“ Selbst als alter grauhäutiger Mann liebte es Marx, das neue Jahr mit einem Tanz entweder mit seiner Frau oder mit Engels' Freundin zu beginnen. Ich war selbst dabei anwesend, wie er unter den Klängen eines feierlichen Marsches seine Dame zum Tange führte.“

Sein Einfluß als Wissenschaftler.

Die Unterhaltungen mit Marx hatten einen großen Einfluß auf Kowalewskys wissenschaftliche Arbeiten, besonders auf dem Gebiete der Geschichte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas. „Es ist sehr möglich“ — gibt er selbst zu — „daß ich ohne Marx' Einfluß mich vielleicht weder mit der Geschichte der Agrarfrage noch mit der wirtschaftlichen Entwicklung Europas befaßt und meine ganze Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Entwicklung der politischen Institutionen gelenkt hätte. . . .“ Marx las meine Arbeiten und sagte mir stets aufrichtig seine Meinung. Wenn ich die Veröffentlichung meines ersten großen Werkes über die Verwaltungsjustiz und die Steuerfrage in Frankreich juridisch stellte, so ist das zum Teil auch auf die kritischen Äußerungen von Marx über dieses Werk zurückzuführen. . . .“

Nach einem Zeitraum von 25 Jahren — so schreibt Kowalewsky seine Erinnerungen — „bewahre ich ein dankbares Andenken an Marx, als an einen hochgeschätzten Lehrer, der in gewissem Grade einen Einfluß auf die Richtlinien meiner wissenschaftlichen Tätigkeit ausgeübt hat. Darüber hinaus hatte ich das Glück, in der Person von Marx einen geistigen und ethischen Führer der Menschheit kennenzulernen, der mit vollem Recht als der markanteste Vertreter der fortschrittlichen Strömungen im öffentlichen Leben seiner Zeit betrachtet werden kann.“

Wie England Indien eroberte

Die sechstausendjährige Geschichte eines Kulturvolkes

Kaum ein zweites Land auf Erden ist, wie Indien, jahrtausendlang der Tummelplatz eroberegelustiger Völker gewesen, die sich auf kürzere oder längere Zeit zu Herren dieses reichen Himmelstreiches machten, um später selbst wieder von anderen Eroberern unterjocht zu werden. An die 6000 Jahre mögen vergangen sein, seit aus den Gebirgsgebirgen im Nordwesten Indiens die Arier in die fruchtbaren Täler Hindostans hinabstiegen, die wüsten Ureinwohner unterwarfen und jene Kultur ausbildeten, die das hohe Weltes'eben und die eigenartigen Sittengesetze des heutigen, aus der Vermischung der eingewanderten Arier mit der Urbevölkerung entstandenen Hinduvolkes begründet hat. Aus jenen Urzeiten Indiens hat die Sanskritliteratur nicht viel mehr als poetische Mythen überliefert. Der erste, einigermassen feste Punkt in der Geschichte Indiens ist der Tod Buddhas etwa um 480 n. Chr. Vorwegender des Großen Zug nach Indien war das ferne Wunderland bei den Kulturpflanzern des Mittelmeeres fast unbekannt. Dann erst kam durch den Handel zwischen Griechenland und Indien Kunde aus dem Osten ins Abendland; die Beziehungen der alten Kulturwelt zu Indien blieben jedoch noch anderthalb Jahrtausende auf den Handel mit den Rüstungsgegenständen beschränkt. Denn der Vorstoß griechisch-ägyptischer Herrscher nach dem Innern Nordindiens in den letzten beiden vordrisslichen Jahrhunderten begründete nur eine vorübergehende Herrschaft der Abendländer, deren baktrisch-griechisches Reich bald wieder zerfiel. Ueber tausend Jahre blieb Indien, das zeitweilig unter turanischer Fremdherrschaft stand, den Blicken Europas fast ganz entrückt. Um das Jahr 10 n. Chr. begannen die islamischen Nachbarvölker die nördlichen Staaten zu erobern; nur in dem südlicheren Deffan erhielten sich unabhängige indische Dynastien. Das eigentliche Hindostan aber ist seitdem nie wieder zur Unabhängigkeit gelangt. 1528 gründete Barber, ein Nachkomme Timur's, das Reich der Großmogule mit den Residenzen Delhi und Agra, das in seiner Blütezeit ganz Hindostan und den größten Teil von Deffan umfaßte, unmittelbare Provinzen und Länder, die zwar von Rajahs regiert, aber dem Mogul tributpflichtig waren.

Einige Jahrzehnte vorher hatte Vasco da Gama den Seeweg nach Ostindien entdeckt, hatten die Portugiesen als Europas Vorhut bedeutende Besitzungen in Indien erworben. Von der Hauptstadt Goa aus beherrschten sie fast ein Jahrhundert lang den ostindischen Handel. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurden sie von den Holländern abgelöst, und fast gleichzeitig traten die Engländer als Mitbewerber um die Beherrschung des ostindischen Handels auf. Am 31. Dezember 1600 erteilte die Königin Elisabeth der Ostindischen Kompagnie einen Freibrief, durch den eine Anzahl reicher Londoner Kaufleute das Privileg für den Handel nach allen Ländern zwischen dem Kap der guten Hoffnung und der Magalhoesstraße erhielt. Diesen Tag der Ausfertigung des königlichen Freibriefes kann man als den Geburtstag der englischen Herrschaft in Indien und damit zugleich der englischen Weltbeherrschung bezeichnen, wenn es auch noch mehr als 150 Jahre dauerte, bis die Engländer das Hebergewicht in Indien erlangten. Die Ostindische Kompagnie rüstete mehrere Expeditionen aus, die gute Geschäfte machten und vom Großmogul das Recht des Handels und der Niederlassung an der Westküste Vorderindiens erwirkten, Belästigungen, die jedoch erst nach der Niederringung der Portugiesen praktische Bedeutung erlangten. Auch die Holländer leisteten starken Widerstand, so daß die Kompagnie erst 1640 in Madras den Grund zu ihren späteren Erwerbungen legen konnte. 1661 erhielt die Kompagnie zu den bereits bestehenden Vorrechten vom König noch die der Zivilgerichtsbarkeit, der Militär Gewalt, der Kriegführung und des Friedensschlusses und obendrein Bombay als Lehen. Die Macht der Gesellschaft wuchs immer mehr, dank der Gunst der Könige, die selbst aus den Handelsgeschäften Nutzen zogen. Als 1698 eine Konkurrenzgesellschaft entstand, verhielt sich die alte mit der neuen zur „Vereinigten Ostindischen Kompagnie“. Sie entwickelte den Handel zu einer ungeahnten Blüte und steigerte auch ihren politischen Einfluß auf die indischen Verhältnisse. Die Franzosen, die in Indien ebenfalls Besitzungen mit der Hauptstadt Pondichery hatten und von dort aus die Engländer anfangs erfolgreich kämpften, verloren durch die Ungeschicklichkeit der Pariser Regierung im Frieden von Paris 1763 ihre ganzen Besitzungen an England. Im selben Jahr also, in dem Preußen nach der Beendigung des Siebenjährigen Krieges seine europäische Stellung befestigte, wurde England in Indien Herr der Lage den europäischen Mächten gegenüber.

Aber damit war Indien nicht unterworfen. Nun begannen erst die endlosen, blutigen und grausamen Kämpfe mit den Eingeborenen, die sich mit Unterbrechungen noch ein ganzes Jahrhundert hinzogen und deren gefährlichste England in dem Aufstand der Sepoy (1857/58) zu bestehen hatte. Am Anfang und am Ende des Jahrhunderts, zwischen 1757 und 1857, stand jedesmal ein kriegerisches Ereignis von ausfallgebender Bedeutung für die englische Herrschaft: 1757 schlug Clive den Nawab von Bengalen, 1765 gewann er ganz Bengalen für die Ostindische Kompagnie. Clive darf daher als der Begründer der tatsächlichen politischen Macht Englands in Indien angesehen werden.

Das Ende des furchtbaren Kampfes mit den Sepoy sicherte endgültig das britische Hebergewicht über die indischen Völker und brachte als wichtigstes Ereignis die Ausbebung der Ostindischen Kompagnie. Am 1. November 1858 wurde förmlich verkündet, daß die Königin von Großbritannien die Regierung unmittelbar übernehmen habe. Der Generalkommissar wurde Vizekönig, allem Volk Freiheit des Glaubens, des Eigentums und die Zuassung zu allen Kernen, „soweit wie möglich“, zugesichert. Alle Großen Indiens wurden zu Belehnten und Untertanen Ihrer Großbritannischen Majestät erklärt. Daraus schuf mit der Errichtung des englischen Imperiums den ganzpollen äußeren Rahmen für die britische Herrschaft in Indien. Am 1. Januar 1877 wurde die Königin Viktoria unter prunkhaften Feierlichkeiten in Delhi als Kaiserin von Indien proklamiert. Seitdem hat Indien zweimal, 1909 und 1910, eine Verfassungsänderung erlebt, ohne daß die Wünsche der indischen Nationalen erfüllt worden wären. Nun beginnt ein neuer Akt, dessen Schluß noch keiner der Zuschauer ahnen kann.

Die Zahl der Hundertjährigen in Preußen. Während im Jahre 1930 in Preußen 50 Personen (darunter 7 Männer und 23 Frauen) ihren 100. Geburtstag bezeichnen konnten, waren es nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Statistisches im Jahre 1931 nur 18 Personen (6 Männer und 9 Frauen). Allen Jubilaren hat der preussische Ministerpräsident zu ihrem 100. Geburtstag ein Glückwunschscheiben und eine Ehrennase sowie ein Geldgeschenk übermitteln lassen.

Walter Anatole Perlich: Wo das Glück verborgen ist . . .

Es hat Stunden in meinem Leben gegeben, da war das Glück in einer Zigarettenpackung verborgen. Was soll ich tun? Ich bin nur einmal ein famösihcher Raucher! Diese Schachtel lag hinter einer blanken Ledertafel, lachte mit Rot und Gold oder Schwarz und Blau, und die Welt hatte nichts Herrlicheres, als jene kleine Packung weißer Röllchen mit Tabak im Herzen, die ich mir nicht leisten konnte. Zu anderen Stunden lehte ein Buch zu meinem Glück. Ein einziges nur. Ich mußte vorübergehend meinen Verlesungen an uralten, zerlesenen Magazinen stillen, die nicht nur Kurzgeschichten bargen, sondern durch ihr Äußeres allein ganze Romane über ihren bisherigen Lebensweg erzählten. Und immer, wenn ich in dieser oder jener Lage mit Menschen sprach, es gab Unzählige, die fanden, ich müßte eigentlich sehr glücklich sein. Weil ich noch eine heile Nase, eine bunte Arawatte, eine Zigarette, eine Frau, einen Hund hatte.

Mir haben viele Menschen ihre Lebensgeschichte erzählt. Ich habe in manchen Menschen Leben hineingeblickt. Ich habe mich selbst mit Mißerfolg in manchen Dingen versucht, immer erschien das Kommando als das beste Ding, der Weg zu meinem Glück. Und einmal sprach ich, ziemlich verzweifelt, mit einem alten Juden im Berliner Tiergarten auf einer Bank über diese Dinge. Wir hatten uns gefunden. Er war gelauert, von Pontius zu Pilatus, sagte er, mit seinen Schmirnteln, Postkarten und Puppomaden im Kasten. Hatte an Kissenfüßen geläutet, an Küchenfenstern Eindruck auf das Herz der Köchin zu machen versucht, war bei den armen Leuten im Osten und Norden gewesen und überall, so erzählte er weiter, habe er keinen glücklichen Menschen getroffen. Mir war an diesem Tage wieder einmal eine letzte Hoffnung zertrümmert. Geld, das ich verdienen mußte, wurde offenbar in so heiligem Maße von anderen verdient, daß für mich nichts mehr übrig blieb. Durch die Straßen zogen schöne Autos mit schönen Frauen oder schwerbepelzten Männern, in der Zeitung standen Geschichten, wie ein armer Junge durch eine einzige Idee das Glück seines Lebens machte und vom Schulpupker zum Besitzer der transatlantischen Gummiwegung wurde oder so ähnliches, ein Boy in einem der herrlichen Hotels, aus denen mir Bratengeruch entgegenstug und

jenes Aroma von Wohlleben, das man wohl nur dann spürt, wenn es einem schlecht geht, ein kleiner Bon dort, reformierte ich, verdiente doch zehnmal mehr als ich. Was nützte Bildung, Intelligenz — denn man gestand sie mir doch zu —, wenn ich nicht einmal das zumege brachte? Ein Karrenhändler mit alten Magazinen, ein brummiger, unfreundlicher Hausmeister mit einer Schuppmacherwerkstatt, ein Habermichs von einst, wie ich ihn gestern als prohigen Besitzer einer Tankstelle, eines Motorrobes und eines Sledungs-hauses wieder getroffen hatte, diese alle waren mir überlegen und zweifellos glücklicher als ich, das verlassenste, geschlagenste, ver-gessenste Subjekt auf Gottes schöner, aber zur Zeit reichlich frostiger Erde. Der Wind zog durch die abgemagerten Röhre meines Regenmantels, der im Hochsommer zu den idealen Bekleidungsstücken gehört hatte, aber jetzt etwas deplaziert wirkte.

„Sicht ist wohl immer nur, was die anderen tun!“ jagte der alte Jude, nahm seinen Kasten, stand auf und humpelte die Tiergortennaltes hinunter, ziemlich eilig, als sei ihm plötzlich eine Idee gekommen und er müsse ihr nachgehen. Er war fort, ehe ich etwas erwidern konnte, und das Wort sah in mir fest. War es denn nicht so? Nielt ich nicht Menschen für glücklich, die es, traste man, mit Entrüstung von sich wiesen, in den Verdacht des Glückchleins zu kommen? Und sagte mir ein noch geschlagener, noch ü'ler dran sein der Kumpan der Rot: Mensch — du kannst doch glücklich sein, bei deinan . . . heilen Steinschlohen oder jungen Jahren oder Kempnissen oder guten Freunden, irgend etwas gab es ja immer, das ein anderer nicht hatte — wiss ich denn nicht ebenso entrückt weit von mir, etwa in den Versuch des Glücks zu kommen?

Ich habe ein wenig darauf geachtet. Mir will scheinen, das Glück liegt immer gerade neben den Menschen, sie merken es eigentlich stets dann, wenn sie schon ein ganzes Stück vorüber sind und der Weg zurück zu weit oder beschwerlich geworden ist. Auch darauf getreten haben viele schon, sicher auch ich, und es hat niemanden an den Sohlen gebrannt, das Glück. Es ist sehr leise, und es ist sehr unscheinbar, das Glück. Einige, ich habe es dann doch erlebt, fanden es. Das waren die Bescheidenen. Sie verstanden es, noch leiser zu sein.